Nr. 6. Halle a. S., Mittwoch den 8. Januar 1902 13. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. pränumer. frei ins Haus, durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf. vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei-u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 7809

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geiststr. 21. Hof 2 Tr — Expedition Geiststr. 21. Hof part. r

Die Sterblichkeitsverhältnisse in Halle.

Aus bürgerlichen Kreisen gehen uns folgende Ausführungen zu:

Das Wort des genialen Kulturfeindes und Naturpropheten Rousseau: „Die Städte sind die Gräber des Menschengeschlechts; nach wenigen Generationen stirbt die Rasse aus oder sie entartet!" war schon zu seiner Zeit nicht ganz neu. Wir treffen solche Anschauungen seit dem dreißigjährigen Kriege, der so recht geeignet war, die Menschen zu einigem Nachdenken über Leben und Sterben anzuregen, bei fast allen Schriftstellern, die sich mit dem Bevölkerungsproblem beschäftigten. Man war sich darin einig, daß die Städte, vor allem die Großstädte, ihre Bevölkerung allmählich aufzehren und sich nur durch den Zuzug frischen Menschenmaterials vom Lande erhalten könnten. Diese „menschenverzehrende" Wirkung hielt den natürlichen Entwickelungsgang der städtischen Gemeinwesen aber nicht auf. Berlin wuchs in der Zeit von 1816 bis heute von 198 000 Bewohnern auf das Zehnfache.

Nicht nur in ihrem äußerem Charakter bilden die Bevölkerungen von Stadt und Land einen deutlichen Gegensatz, noch viel mehr in den sozialen und hygieinischen Zuständen. Es ist aber bekannt, daß diese von einschneidender Bedeutung für die Abkürzung oder Verlängerung der Lebensdauer einer Bevölkerung sind. Danach kann man ermessen, wie es in den größeren Städten in früheren Perioden ausgesehen hat. Sie waren in ihren engen, dunklen und schmutzigen Gassen Seuchenherde ersten Ranges und lieferten Sterblichkeitsziffern von einer Höhe, die uns grausen macht, und es war kein Wunder, daß die Zahl der Neugeborenen von der Ziffer der Gestorbenen jahraus, jahrein übertroffen wurde und einzig der ländliche Zuzug im stande war, das andauernde Defizit zu decken.

Seit dem vorigen Jahrhundert, das man mit Recht als den Anfang wirklicher Allgemeinkultur bezeichnet, hat sich jedoch für die deutschen Städte eine ungeheure Wandlung bemerkbar gemacht. Die Lebensbedingungen der Stadtbevölkerungen sind in jeder Beziehung ganz außerordentlich gestiegen. Man darf wohl sagen, daß die in städtischen Industrien und Gewerben Thätigen unter viel günstigeren wirtschaftlichen und geistigen Verhältnissen ihr Dasein führen, als die Masse der Landarbeiter und Kleinbauern, besonders östlich der Elbe. Dort hausen noch heute Tausende buchstäblich mit den Haustieren zusammengepfercht. Dazu kommen besonders in Deutschland die mit jedem Jahre zunehmenden hygieinischen und sozialen Schutzmaßregeln, die der ländlichen Bevölkerung fast ganz fehlen.

Trotz aller Härten, die dem Städter durch den brutalen Kampf ums Dasein auferlegt werden, erweisen sich die günstigen Kulturbedingungen als stärker und finden einen beredten Ausdruck in den modernen Sterblichkeitsverhältnissen der meisten Großstädte. Ueberall übersteigt die Geburtenziffer die Zahl der Verstorbenen. Mit den sinkenden Sterbeziffern nimmt die durchschnittliche Lebensdauer des einzelnen entsprechend zu. Von einer allgemeinen körperlichen Entartung der Städter kann keine Rede mehr sein, und heutzutage sind die Städte nicht mehr darauf angewiesen, sich allein aus dem ländlichen Zuzug zu verjüngen. Das gegenwärtige Städtergeschlecht entwickelt, an den Zahlen der modernen Statistik gemessen, eine derartige erfreuliche Lebensenergie und Daseinsfähigkeit, daß sich in absehbarer Zeit das ungünstige Verhältnis von Stadt und Land mit jeder weiteren kulturellen Vervollkommnung in das gerade Gegenteil umwandeln wird.

Als eine der schlimmsten Lebensgefährdungen pflegt der ostelbische Junker die moderne Industrie zu bezeichnen. Er hat nicht so ganz unrecht. Denn die höchsten deutschen Sterbeziffern haben die industriereichen Bezirke im Königreich Sachsen und im schlesischen Bezirke Liegnitz aufzuweisen. Aber nicht die Industie an sich ist daran schuld, sondern die Zustände, unter denen sie betrieben wird. In den genannten Bezirken ist die Industriearbeit von Löhnen begleitet und mit Arbeitszeiten, besonders in der Hausindustrie, gesegnet, die jeder Kulturforderung Hohn sprechen. Dazu ist das weibliche Geschlecht, dieser fundamentale Träger der zukünftigen Generationen, gerade bei diesen Weber- und Glasschleiferbevölkerungen in einer Weise gewerblich ins Joch gespannt, die für die weitere Entwickelung des Menschengeschlechtes die schlimmsten Besorgnisse entstehen lassen muß. Nicht annähernd so bösartig liegen die Verhältnisse in dem mit Industrien überreich durchsetzten Westfalen und dem Rheinland, wo eine intelligente Arbeiterschaft es verstanden hat, sich menschenwürdigere Daseinsbedingungen zu erkämpfen. Und Elberfeld-Barmen, Industriestädte par excellence, sind mit ihren Mortalitätsziffern berühmt unter allen deutschen Städten; den dortigen Kommunalverwaltungen kann aber auch das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie von einem sozialpolitischen Verständnis durchdrungen sind, das man nicht oft wiederfindet, und welches eben in den vorzüglichen Sterblichkeitsverhältnissen seinen beredtesten Ausdruck findet — für den weitsehenden Bevölkerungspolitiker ein Genuß.

Nach ihren Sterblichkeitsverhältnissen gehört die Provinz Sachsen nicht zu den bevorzugtesten preußischen Gebieten, sondern nimmt eine mittlere Stellung ein. Für 1894 bis 1897 betrug vergleichsweise die jährliche Durchschnittssterblichkeit, auf tausend Lebende der Bevölkerung berechnet, in

Schleswig-Holstein	18,8
Sachsen	23,7
Schlesien	27,4

Trotzdem der Merseburger Regierungsbezirk noch etwas agrarischer ist als Erfurt, übersteigt seine Mortalitätsziffer die des Erfurter Bezirkes bedeutend:

Merseburg	22,0	pro Mille
Erfurt	20,9	„

Stellt man Merseburg den Extremen der deutschen Bezirke gegenüber, so neigt der Bezirk weit mehr nach der ungünstigen Seite, ein Beweis, daß die allgemeinen Daseinsbedingungen dortselbst viel zu wünschen übrig lassen. Das Sterblichkeitspromille betrug 1894/96 in

Bezirk Aurich	16,3
„ Erfurt	19,6
„ Merseburg	22,1
„ Breslau	25,5.

Welche Unsummen von sozialpolitischen Versehlungen und Unterlassungssünden in der ungeheuren Differenz zwischen Aurich und Merseburg eingeschlossen sind, kann der Laie kaum beurteilen.

Noch über den Bezirksdurchschnitt ungünstig hinaus ragt aber der Saalkreis und der Stadtkreis Halle:

Saalkreis	23,7	pro Mille
Halle	23,0	„

Schlimmer als die Jahre 1894/96 erscheint jedoch 1899. Für dieses Jahr tritt Halle in der Mortalitätsskala der deutschen Städte unmittelbar an die äußerste ungünstige Grenze. Die Sterblichkeitsziffern waren:

Charlottenburg	16,01
Wiesbaden	16,68
Frankfurt a. M.	17,28
Halle	25,75
Breslau	26,57
Bochum	27,93.

Das ist ein sehr trauriges Resultat. Es wird noch verstärkt durch einen Blick auf die Kindersterblichkeit im ersten Lebensjahre. Diese ist für Halle eine verhältnismäßig gute. 1889/90 stellte sie sich für Knaben in Prozenten der lebend Geborenen in

Barmen	16,86
Halle	22,36
Stettin	33,76.

Von je tausend geborenen Knaben und Mädchen überlebten das 5. Lebensjahr pro 1890/91 in

Stettin	555	Knaben	594	Mädchen
Magdeburg	638	„	669	„
Halle	675	„	716	„
Barmen	737	„	751	„

Trennt man dieses günstige Kindesalter von den erwachsenen Jahrgängen, so steigert sich die ohnehin schon ungünstige Vergleichsziffer der Gesamtbevölkerung in den deutschen Großstädten noch um einige Prozente, oder mit anderen Worten: einer nicht ungünstigen Kindersterblichkeit steht in Halle eine abnorme Hinfälligkeit der Erwachsenen, besonders der besten produktiven Altersklassen gegenüber.

Die Kindersterblichkeit ließe sich durch geeignete Maßnahmen noch bedeutend verringern, wenn man den Anteil derselben an den verschiedenen Jahrgängen ins Auge faßt. Halle weist nämlich die Abnormität auf, daß im dritten Quartal, also in der heißen Jahreszeit, die Sterblichkeit der Säuglinge in furchtbarer Weise haust, während die übrigen neun Monate auffallend gut verlaufen. Während sich in dem gesunden Altona die Kindersterblichkeit fast gleichmäßig auf die Quartale verteilt und für das dritte nur 278 von 1000 beträgt, schwillt die Ziffer für Halle auf 436 an. Die Todesursachen beruhen in der heißen Jahreszeit zu 90 Proz. auf Krankheiten der Ernährungsorgane, die vor allem in schlechten Milch- und Wohnungsverhältnissen begründet sind.

Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint die Lebensgefährdung der Erwachsenen wiederum ein gut Stück schlechter und drängt zu der unerbittlichen Forderung, den Ursachen auf den Grund zu gehen. Diese dürften unschwer zu finden sein. Sehr besserungsbedürftig erscheinen die grundlegenden öffentlich-hygieinischen Zustände nicht minder, als die sozialwirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung. Die Kanalisation, die Be-

---

28] [Nachdruck verboten.]

Der Reisende aus Altrurien.

Roman von W. D. Howells.

Uebersetzt von Wilhelm Swiety.

„Es sieht aber nicht so aus, als könnte die Welt ihm ein großer Antrieb sein, um sein Heim verlassen zu können," bemerkte der Altrurier.

„Lassen Sie ihn nur erst eins der lebhaften, unternehmungslustigen Yankeemädchen zur Frau bekommen. Dann wird er bald anders denken", bemerkte Mrs. Makely.

Am Nachmittag verschwand der Altrurier und ich sah wenig oder gar nichts von ihm, bis er am nächsten Tage an der Abendtafel wieder auftauchte. Er erzählte mir, daß er die ganze Zeit mit dem jungen Gamp zusammen gewesen sei, der ihm etwas von den Farmarbeiten gezeigt und ihn mit mehreren Nachbarn bekannt gemacht habe. Er interessiere sich gerade jetzt sehr für diese Dinge, da er zu Hause eben selbst in der Landwirtschaft beschäftigt sei; er war sehr neugierig gewesen, die amerikanischen Arbeitsmethoden mit den altrurischen vergleichen zu können. Wir vertieften uns dann wieder in ein Gespräch über Agrarangelegenheiten, bis die Mitglieder unserer vorgestrigen Tafelrunde sich wieder versammelten und ich ihnen erzählte, was der Altrurier unterdessen gemacht hatte. Mit Ausnahme des Doktors, der plötzlich nach der Stadt abberufen worden war, hatten sich alle eingefunden. Der Bankier begann zuerst meine Erzählungen von den Farmangelegenheiten zu kommentieren. „Ja", sagte er, „sie haben's nicht leicht; wenn sie's zu etwas bringen wollen, müssen sie scharf dahinter sein. Ich würde es nicht anfangen wollen, wenn mir nur ihre Hilfsmittel zur Verfügung ständen."

Der Professor lächelte, als er sich an den Altrurier wandte: „Hat Ihnen Ihr bäurischer Freund auch etwas von den kleinen Geschäften erzählt, die zur Wahlzeit in Stimmen auf dem Lande gemacht werden? Das ist auch eins der Mittel, es zu etwas zu bringen."

„Ich verstehe Sie nicht", erwiderte der Altrurier.

„Sie wissen doch, man kann die Stimmen unserer würdigen Bauern kaufen, von zwei Dollar an bei gewöhnlichen Wahlen. Wenn der Kampf der Parteien besonders heiß tobt und Lebensfragen auf dem Spiele stehen, dann sind die Stimmen teurer."

Der Altrurier sah uns einen nach dem anderen entsetzt an: „Meinen Sie damit, daß man in Amerika Stimmen kauft?"

Der Professor lächelte von neuem. „O nein, ich meine nur, daß sie verkauft werden. Ich verstehe ja, daß man das gerne vertuschen möchte, nichtsdestoweniger ist's eine Thatsache, eine notorische Thatsache!"

„Gütiger Himmel!" rief der Altrurier aus. „Und was für eine Erklärung hat man für einen solchen Verrat? Ich meine nicht die, welche Stimmen verkaufen; denn was ich von der Dürftigkeit und Härte ihres Lebens gesehen habe, läßt es mich verstehen, daß sie oft in solche Not geraten, daß ihnen selbst die auf solche Weise erworbenen zwei Dollar willkommen sind; ich meine, was für eine Erklärung haben die Käufer der Stimmen für ihr Thun?"

„Man spricht von solchen Geschäften nicht gern", erwiderte der Professor ausweichend.

„Ich glaube", warf der Bankier ein, „man übertreibt die Geschichte etwas. Aber sicher werden solche Geschäfte gemacht, und ich glaube, gerade auf dem Lande werden sie hie und da ausschlagen. Etwas ist der Stimmenkauf bei uns wohl auf den Mangel an klarer Ueberlegung zurückzuführen. Manchmal freilich, daran ist kein Zweifel, auf Armut. Der Mann verkauft seine Stimme, wie das Weib ihren Körper für Geld verkauft, da sie aus ihrer Tugend bare Münze nicht prägen kann. Sie müssen leben! Sie können nicht gut die Vorzüge unserer Zivilisation haben wollen ohne die Nachteile. Natürlich leugne ich nicht, daß schlecht eben schlecht ist. Manche versuchen's zwar, ich finde jedoch keinen Geschmack daran. Ich gestehe, daß der Käufer der Stimmen in gewisser Beziehung nichtswürdiger ist als der Verkäufer — unvergleichlich nichtswürdiger. In Altrurien braucht man sich mit solchen Sachen nicht zu plagen, vermute ich?"

„O nein!" erwiderte der Altrurier mit einer Gebärde unsäglichen Abscheus. „Das wäre undenkbar! Ich maße mir nicht an, zu sagen, daß wir fehlerfrei sind. Aber so etwas kann bei uns nicht vorkommen. Das ist einfach unmöglich!"

„Uns bleibt nichts anderes übrig," sagte der Bankier, „als die Sache vom Geschäftsstandpunkte zu betrachten —"

„Weil Sie vom Geschäft sprechen," unterbrach ihn der Professor, der bis dahin ruhig seine Zigarre geraucht hatte, „warum nehmen sich denn einige Eurer Kapitalisten nicht dieser Farmen hier an und machen ein Geschäft daraus, wie im Westen?"

„Danke schön," erwiderte der Fabrikant, „ich möchte nichts damit zu thun haben." Er schwieg einen Augenblick still, als müsse er den Gedanken erst ordentlich anfassen, und fuhr dann fort: „Der Gedanke ist aber gar nicht so übel. Die erste Verpflichtung dazu hätten die Eisenbahngesellschaften. Es müßte ihnen ein Leichtes sein, die an ihren Linien gelegenen Farmen aufzukaufen und Pächter darauf zu setzen, die natürlich die Sache im großen betreiben müßten. Wirklich, das wäre kein schlechtes Geschäft. Die Verschwendung bei der gegenwärtigen Methode der Bewirtschaftung ist enorm. Ich sehe auch keinen Grund, warum die Eisenbahngesellschaften sich nicht ebenso gut die Farmen aneignen sollten, wie sie sich die Bergwerke aneignen. Auf jeden Fall könnten sie den Boden besser ausnutzen, als die kleinen Farmer. Ich wundere mich, daß noch niemand darauf gekommen ist."

Wir lächelten, da wir ein wenig Selbstironie in seiner Rede zu bemerken glaubten; der Altrurier mußte sie jedoch vollkommen ernst genommen haben, denn er frug: „In diesem Falle würde die Zahl der Leute, die von Haus und Hof getrieben würden, sehr groß sein, nicht wahr? Was sollte denn aus ihnen werden?"

„Sie hätten den Erlös ihrer Farmen, um etwas anderes beginnen zu können. Uebrigens mit der Frage, was aus den Leuten werden soll, die infolge einer notwendigen Verbesserung ihre Arbeit verloren haben, können wir uns nicht abgeben. Wir sind von Zeit zu Zeit gezwungen, neue Maschinen in den Fabriken aufzustellen, die Dutzende und Hunderte von Menschen überflüssig machen; wir können uns aber nicht helfen."

„Und Sie wissen auch niemals, was aus ihnen wird?"

„Manchmal. Meistens nicht. Wir nehmen ohne weiteres an, daß sie sich irgendwo anders durchschlagen."

„Und der Staat — die Volksgemeinschaft — die Regierung — niemand thut etwas für sie?"

„Wenn sich's bis zur Frage des Armenhauses zuspitzt — doch."

„Oder des Gefängnisses," bemerkte der Rechtsanwalt.

„Weil wir gerade vom Armenhaus sprechen," sagte der Professor, „haben unsere ländlichen Freunde Ihnen auch erzählt, wie sie selbst mit ihren Almosenempfängern umspringen, wie sie sie an den Wenigstbietenden verkaufen?"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020108-10/fragment/page=0001

bauungs- und Behausungsverhältnisse, die Straßenreinigung, die Fabrikarbeit, die Lohnverhältnisse, das Arbeitslosenproblem, die zu frühe Einspannung der jugendlichen Erwerbsthätigen in das Arbeitsjoch, die Beteiligung des weiblichen Geschlechtes an der Industriearbeit — alle diese Faktoren bedürfen einer gründlichen Durchprüfung.

Für eine städtische Verwaltung dürfte es keine vornehmere und lohnendere Aufgabe geben, als die, Leben und Gesundheit der Bürger nach bester Möglichkeit zu schützen und zu fördern. — Gewiß ist dem Leben der Menschen seine natürliche Grenze gesetzt. Aber im allgemeinen wird doch viel mehr gethan, diese Grenze herabzusetzen, als sie heraufzubringen. Wie viel ist nicht schon über die Kunst, das Leben zu verlängern, geschrieben worden. Wir haben es aber gar nicht nötig, positiv auf Verlängerung hinzuarbeiten; wir brauchen nur negativ darauf unsere Mühe zu verwenden, es nicht unnütz abzukürzen. Die Verlängerung ergiebt sich dann von selbst. Wo die Kommunalpolitik über dem Leben der Bürger wacht, wo sie alle Daseinsbedingungen auf die Stufe bringt, die den modernen Anschauungen entspricht, da nähert sich das in den früheren Großstädten leider so verkürzte Menschenleben in seiner Dauer wieder dem normalen Alter.

Jede Kulturbesserung bedeutet ohne weiteres Lebensverlängerung. Wie es der Stadt Berlin gelungen ist, in fast einem Jahrzehnt die Lebensaussicht eines Neugeborenen in der Zeit von 1876 bis 1890 von 30,1 Jahren auf 36,3, also um mehr als sechs volle Jahre zu erhöhen, so darf auch die Hallenser Bevölkerung mit jedem Sinken ihrer Mortalitätsziffern auf eine Verlängerung ihrer Daseinshoffnungen rechnen. Was das für den einzelnen bedeutet, können in seinem ganzen Umfange die Familienväter am besten beurteilen. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob der Ernährer den Seinen mehrere Jahre länger erhalten bleibt oder nicht. Und noch stärker, wie ein hoher Lebensdurchschnitt auf die Familie einwirkt, ist sein Einfluß auf das gesamte physische und intellektuelle Volksvermögen. Er ist ein Segen für ein Kulturvolk und sollte daher allerorten der Pflege teilhaftig werden, die man einem großen Gute gemeinhin widmet.

Wir fürchten, diese berechtigten Mahnungen werden am Ohre unserer Stadtverwaltung ungehört verwehen. So lange Halle unter dem Zeichen der von uns oft und hart genug gerügten „Repräsentationspolitik“ regiert wird, so lange unserem Magistrat die Anstellung von zehn neuen Polizisten nötiger erscheint, als die Vornahme durchgreifender Reformen im Wohnungswesen, so lange er seine Rettung darin erblickt, die Vertreter der Arbeiterklasse mit allen Mitteln aus dem Stadtverordnetensaale fernzuhalten, so lange — mit einem Worte gesagt — die Großstadt Halle nach dem Grundsatze eines beliebigen Krähwinkel verwaltet wird, so lange darf keine großzügige und weitschauende Politik erwartet werden. Das ist traurig, aber wahr.

Tagesgeschichte.

Halle 7. Januar.

Zeugenaussagen.

Trotz seines hartnäckigen Leugnens ist das Gericht zu einer Verurteilung des Angeklagten gekommen. Drei einwandsfreie Zeugen haben glaubwürdig ausgesagt und beschworen, daß der Angeklagte die Delikte begangen hat, die ihm die Anklage vorwirft. Er war deshalb zu verurteilen.

So wird von Hunderten von Gerichtshöfen fast alltäglich argumentiert. Und trotz der beschworenen Aussagen der „einwandsfreien Zeugen“ werden so viel Fehlsprüche gefällt! Das wird erst verständlich, wenn man sich überzeugt, daß keiner **Zeugenaussage absoluter Wert beigemessen werden kann,** daß kein Mensch im stande ist, über einen Vorgang, ein Gespräch u. s. w. ohne Irrtümer zu berichten.

Zwei hervorragende Männer der Wissenschaft haben in den jüngsten Tagen Versuche angestellt, die durch die grelle Illustration, die sie auf die **Unzuverlässigkeit** auch der im besten Glauben abgegebenen Aussagen werfen, geradezu entmutigend wirken.

In **Breslau** hat der Psychologe Dr. W. **Stern** an 30 Studenten, darunter mehreren weiblichen, verschiedene Beobachtungen über Gedächtnistäuschungen angestellt. Es zeigte sich, daß die Versuchspersonen selbst solche Wahrnehmungen, über die sie unmittelbar nach den empfangenen Sinneseindrücken zu berichten hatten, trotz intensiver Beschäftigung mit den Experimentalbildern nur in einer sehr fehlerhaften Weise wiedergegeben vermochten. Nicht nur, daß Auslassungen wesentlicher Dinge vorkamen, es traten auch Zusätze und qualitative Umgestaltungen auf. Aus einem Hasen wurde in der Erinnerung eine Katze, aus einem Stocke ein Schirm; rechts wurde mit links vertauscht; wer ging, lief, u. s. w. Der Prozentsatz der Fehler steigerte sich, wenn nach Ablauf mehrerer Wochen die Aussagen zu wiederholen waren. Schließlich führte die unter fingiertem Eide veranstaltete Untersuchung zu **dem niederschlagenden Ergebnisse, daß durchschnittlich auf je einen Eid 1½ Falscheide auf jede männliche, 8¾ auf jede weibliche Person fielen.** Ueberhaupt zeigte sich das weibliche Geschlecht, trotz des besseren Gedächnisses für Einzelheiten, hinsichtlich der Objektivität der Aussage als das unzuverlässigere. Im allgemeinen fiel die Thatsache auf, daß **die Aussagen fast ausschließlich ohne den Vorbehalt eines Irrtums mit absoluter Gewißheit gemacht wurden.** Des weiteren hatten die Untersuchungen des Psychologen sich auf die Entstehung des falschen Gerichtes erstreckt. Hierbei zeigte sich, daß die Wiedergabe einer verhältnismäßig einfachen Geschichte schon in dem Berichte der dritten Versuchsperson ganz erstaunliche Metamorphosen erfuhr. Hier trat die psychologische Thatsache, daß wir, anstatt uns auf das Wahrgenommene zu beschränken, selbstschöpferisch zu urteilen pflegen, ganz besonders stark in die Erscheinung.

Noch drastischer hat ein Experiment des Berliner Strafrechtslehrers Professor v. **Liszt** (früher an der Universität in Halle) erwiesen, daß kein Durchschnittsmensch im stande ist, Wahrnehmungen mehr oder minder komplizierter, schnell sich abspielender Vorgänge objektiv wiederzugeben. In seinem Seminar, unter dessen Teilnehmern sich u. a. auch ein Landgerichtsrat befand, war vor einigen Tagen ein Vortrag über **Tarde** soeben beendigt worden. Unmittelbar nach den letzten Worten des Referats griff Prof. v. Liszt nach dem Hut und entschuldigt sich, er müsse jetzt fort — infolge einer zwingenden Verabredung —, die Diskussion über den Vortrag müsse auf das nächste Mal verschoben werden. Da begehrt einer der Teilnehmer zu wissen, in welchem Verhältnis Tarde zum Christentum stünde.

„Das fehlte uns noch gerade,“ bemerkte auf diese Aeußerung hin frech und laut ein anderer Herr.

„Sie haben gar nichts zu sagen,“ erwiderte der erste scharf.

„Unverschämtheit!“ ruft der zweite.

Wütend springt der erste Herr auf, stürzt sich auf den andern, packt ihn, ein Revolver wird sichtbar . . .

Erschreckt erheben sich die Teilnehmer, es entsteht eine große Aufregung, die unerhörte Szene wird tumultuarisch — Da ertönt mitten in dem Wirrwarr die Stimme des Prof. v. Liszt:

„Meine Herren, Sie haben den Vorfall, der sich soeben abspielte, alle gesehen. Schreiten wir also — zur **Vernehmung der Zeugen.**

Herr v. Liszt hatte die hübsche Szene mit seinen beiden Helfershelfern in allen Einzelheiten **sorgfältig vorbereitet,** die nun auf die anderen Uneingeweihten als sensationelle Ueberraschung wirkte. Einige „Zeugen“ wurden sofort vernommen, die anderen im Laufe der nächsten Tage. Die Aussagen wurden protokolliert. Das Ergebnis war verblüffend. Nur ein einziger „Zeuge“ (der aber **nicht** der **Landgerichtsrat** war) erstattete einen korrekten Bericht, die anderen waren sämtlich voll von Irrtümern, zum Teil gröbster Art. So hatten z. B. einige statt des Revolvers einen Stock „gesehen“ und waren natürlich bereit, die Wahrheit ihrer Aussage zu beschwören . . .

Der Vorwärts spricht allen Gerechtdenkenden aus der Seele, wenn er sagt, daß dieser künstlich herbeigeführte Zwischenfall und die darüber gewonnenen Zeugenaussagen allen Richtern, Staatsanwälten, Zeugen und Geschwornen vor jeder Gerichtsverhandlung in einem knappen Bericht vorgetragen werden sollte. Vielleicht wird dann der Mut, zu schwören, ein wenig gemindert und der Zwang, in solchen Fällen zu schwören, beseitigt. Man bedenke, daß hier juristisch Gebildete in Frage kommen, deren Berufspflicht es ist, genau zu beobachten; daß der Vorfall sich in einem hell erleuchteten, kleineren Raum abspielte; daß die Protokollierung der Wahrnehmungen unmittelbar oder doch bald nach dem Geschehnis vorgenommen wurde; daß es sich endlich auch um eine sensationell wirkende nervenreizende, gespannte Aufmerksamkeit erregende Aktion handelte — und man wird ermessen, welche Zuverlässigkeit die üblichen Zeugenaussagen haben können, die bekunden, daß vor Wochen, Monaten, Jahren irgend ein an sich gleichgültiger, flüchtiger Vorgang, nach der Minute genau, in allen Einzelheiten getreu so geschehen sei und nicht anders; daß irgend eine unbekannte Person in einem gewissen kleinsten Zeitpunkte in einer bestimmten Kleidung mit bestimmten äußeren Eigentümlichkeiten oder gar bestimmten seelischen Qualitäten an einem bestimmten Orte gesehen sei, diese Person und keine andre.

Auf solche Zeugenaussagen hin sind leider schon allzu häufig Urteile gefällt worden, die namenloses Unheil über die Betroffenen und ihre Familien gebracht haben. Im **Essener Meineidsprozeß,** worum handelte es sich da? Weil ein Gendarm etwas gesehen haben wollte und es beschwor, wurden ehrenwerte Männer ins Zuchthaus geschickt. Der arme **Koschemann** muß sich seine ganze Jugend im Kerker zerstören lassen, weil Zeugen den Mut hatten, zu schwören, daß sie ihn, den Unbekannten, einmal irgendwo gesehen hatten. Unser Parteigenosse **Holst** aus Wismar sitzt immer noch im Zuchthause, weil ein Polizist beschworen hat, Holst müsse einen gefallenen Ausruf gehört haben. Und wie war's im **Krosigkprozeß?** **Wie in vielen anderen?** Ueberall kam es auf Bekundungen an, für deren Richtigkeit sich niemand verbürgen kann.

Mit Recht führt Professor v. Liszt in der Deutschen Juristen-Zeitung in einer Abhandlung über **Strafrecht und Psychologie** aus, es sei, nach diesen Experimenten, „wohl manchem von unsern kriminalistischen Praktikern die bange Frage aufgetaucht: Was soll aus unserer ganzen Strafrechtspflege werden, wenn ihre sicherste Grundlage, die Aussage unverdächtiger Thatzeugen, durch exakte wissenschaftliche Forschung erschüttert, wenn der Glaube an die Zuverlässigkeit unseres wertvollsten Beweismaterials untergraben wird? . . . Wissenschaft reißt nicht nieder, sie baut auf. Sie zerstört den blinden Glauben, aber sie setzt ein Besseres an die Stelle. Unsere Strafrechtspflege kann nur gewinnen, nie verlieren, wenn die auf Thatsachen-Beobachtung gestützte Forschung die kriminalistischen Probleme unter die kritische Lupe nimmt . . . Es scheint mir heute schon zweifellos, daß durch solche planmäßig unternommene und fortgesetzte Untersuchungen eine Reihe von Erfahrungssätzen gewonnen werden wird, die es dem von Sachverständigen unterstützten Richter möglich machen werden, den Wert einer Aussage ungleich sicherer zu beurteilen, als das heute möglich ist. Die Psychologie wird sich auch in dieser Frage als der wertvollste und zuverlässigste Bundesgenosse der Strafrechtspflege erweisen“.

Die psychologische Unmöglichkeit gewisser Eide muß allgemein erkannt und anerkannt werden, und folglich auf dieses bequeme aber meuchlerische gemeingefährliche Instrument der strafrechtlichen Ermittelung verzichtet werden.

Und nicht nur das allein. Die beiden Experimente weisen auch gebietend darauf hin, daß eine Revision des Begriffes **Lüge** notwendig ist. Vieles was wir heute unter diesen Begriff bringen, ist zweifellos psychologische Täuschung, die nichts Anormales an sich hat. Fallen Erwachsene in so eklatanter Weise dieser Täuschung zum Opfer, um wie viel mehr erst **Kinder,** deren Urteilsvermögen noch unentwickelt ist. Da ist eine ganz besonders vorsichtige Beurteilung und Ergründung geboten, ehe man irgend einen Ausspruch als Lüge brandmarkt.

In dem Schadenersatzprozeß der elf Hamburger Werftarbeiter gegen die Firma Blohm u. Voß

hat am 3. d. M. der erste Verhandlungstermin vor der VII. Hamburgischen Zivilkammer (Direktor Dr. Riecke und Landrichter Dr. Heilbuth und Dr. Plambeck) stattgefunden. Das Hamburger Echo berichtet darüber:

Die Kläger waren vertreten durch Dr. v. Oldershausen, die Beklagten durch Dr. Westphal und Dr. Stammann. Vom Vertreter der Kläger wurden die schon im Oktober mitgeteilten Thatsachen wiederum vorgetragen und daraus die Berechtigung der Klage begründet.

Dr. Westphal beantragte für Blohm u. Voß **Abweisung der Klage,** die schon am § 3 der Arbeitsordnung der Werft scheitern müsse, nach dem das Arbeitsverhältnis **ohne Kündigung jeder Zeit am Schlusse der täglichen Arbeitszeit von beiden Seiten gelöst werden könne.** An dieser Bestimmung scheitere der Klageanspruch der Kläger ohne weiteres, der aber auch aus anderen Gründen unberechtigt sei. Bei den Maßnahmen der Beklagten handele es sich um ein begründetes Abwehrmittel gegen eine vom Metallarbeiter-Verband planmäßig versuchte und betriebene große Aktion gegen die hiesigen Werften. Es sei nicht wahr, daß es sich nur um einen partiellen Streik der Nieter auf der Reiherstiegschiffswerft gehandelt habe, sondern diese Nieter seien nur als Avantgarde vorgeschoben, um die geplante allgemeine Aktion zu eröffnen. Dagegen sich zu wehren, das sei das gute Recht der Arbeitgeber. Sie hätten es gethan, indem sie auf Grund des § 3 der Arbeitsordnung die Arbeiter ordnungsgemäß entlassen hätten. Die Klage beruhe auf einer gewollten Täuschung der Arbeiter durch den Metallarbeiterverband, denn der behaupte in der Arbeiterpresse, die Arbeiter seien ohne Kündigung ausgesperrt, also unter Bruch der Kündigungsfrist. Das sei nicht wahr, denn eine Kündigungsfrist und damit eine Kündigungsverpflichtung habe nach dem Arbeitsvertrage überhaupt nicht bestanden. Wenn der Gegner deshalb immer von einer **Aussperrung** rede, so sei das nicht richtig. Er, Dr. W., verhorreziere das Wort „Aussperrung“ in diesem Falle. Es habe keine Aussperrung stattgefunden, sondern nur eine Präventivmaßnahme der Unternehmer gegen eine vom Metallarbeiterverband geplante Streikaktion gegen die Werften. (Diesen Ausführungen des Blohmschen Anwalts möchten wir denn doch — sagt das Echo — die Darstellung der amtlichen Streikstatistik des Deutschen Reiches gegenüberstellen, die es klipp und klar ausspricht, daß es sich nicht um eine Streikaktion der Arbeiter, sondern um eine durch die Unternehmer vorgenommene Aussperrung von mindestens 1500 Arbeitern handelt, die den ausgesprochenen Zweck haben sollte, den Streik von 92 Nietern und Nietenwärmern auf der damals im ganzen 990 Arbeiter beschäftigenden Reiherstiegwerft zu bekämpfen. Diese amtlichen Angaben in der Reichsstatistik rühren her von der oberen Verwaltungsbehörde in Hamburg, dem Senat.) Durch Vorlegung und Verlesung einer ganzen Anzahl Ausschnitte aus dem Echo suchte weiterhin Dr. Westphal zu beweisen, daß es sich in der That nicht um einen partiellen Nieterstreik, sondern um ein planmäßiges Vor-

---

„Ja, Mr. Camp erzählte mir davon. Er findet es schrecklich.“

„Sieh einer an! Ich freue mich, das von Mr. Camp zu hören. Und was schlägt er dagegen vor?“

„Er meint, der Staat sollte ihnen Arbeit verschaffen.“

„Ah, Vater Staat! Ich wette, der Staat thut's nicht.“

„Das war auch seine Meinung.“

„Es scheint schwer begreiflich,“ sagte jetzt der Geistliche, „daß die einzige Vorsorge, die der Staat für die durch Krankheit oder ein Leben voll schwerer Arbeit zu Grunde gerichteten Leute trifft, etwas sein soll, das sie mit Idioten und Verbrechern auf eine Stufe stellt und eine Schande über sie bringt, die fast ebenso schrecklich ist, als der Tod.“

„Es ist das einzige Mittel, den Unabhängigkeitssinn und die Individualität zu ermutigen,“ sagte der Professor. „Gewiß, es hat seine schwarzen Seiten. Aber alles andere wäre sentimental, ungeschäftsmäßig und — mit einem Wort — unamerikanisch.“

„Ich bin nicht so sicher, daß es auch unchristlich wäre,“ wagte der Geistliche der nationalökonomischen Leute gegenüber schüchtern zu bemerken.

„O, die Lösung dieser Frage müssen wir natürlich der hochmütigen Geistlichkeit überlassen,“ erwiderte der Professor, sich höflich gegen den Pfarrer verbeugend.

Es entstand eine peinliche Stille. Nach einer Weile schien endlich der Rechtsanwalt sie durchbrechen zu wollen. Er streckte seiner Gewohnheit gemäß die Beine lang aus, schlug die Hacken zusammen und betrachtete einen Augenblick die Spitzen seiner Schuhe; dann begann er: „Ich hatte heut nachmittag eine sehr interessante Unterhaltung mit einigen der jungen Leute, die sich hier im Hotel aufhalten. Sie wissen, die meisten von ihnen haben eben ihre Studien beendet und gönnen sich noch etwas Erholung während des Sommers, ehe sie sich zu Beginn des Herbstes in den Kampf ums Dasein stürzen. Sie sprachen von ihren Freunden. Studiengenossen, die sofort den Kampf ums Dasein beginnen mußten, weil sie nicht in der Lage waren, sich Ferien zu gönnen. Ich glaube, die jungen Leute hier wählen alle einen gelehrten Beruf; sie werden Mediziner, Juristen, Techniker, Lehrer oder Geistliche. Ich hörte nämlich, wie sie ihre Studiengenossen bemitleideten, nicht nur, weil sie sich keine Ferien leisten können, sondern auch, weil sie Kaufleute werden mußten. Das machte mich einigermaßen stutzig und ich versuchte herauszubekommen, warum denn diese jungen Männer deshalb, weil sie Kaufleute werden, so zu bemitleiden seien. So viel ich aus ihren Antworten entnehmen konnte, halten sie es als mit der Würde eines Studierten wenig verträglich, Geschäftsmann zu werden. Welcher Wandel! Vor wenigen Jahren noch kannten unsere jungen Leute keinen Unterschied zwischen dem Berufe des Kaufmanns und dem des Gelehrten. Heute halten diese jungen Männer ihre Bildung und ihre Kenntnisse für zu schade, um sie für die Zwecke bloßer Geldmacherei zu benutzen.

„Die Leutchen mögen sich beruhigen,“ erwiderte ihm der Fabrikant, „in ein Geschäft eintreten, heißt noch lange nicht, Geld zu machen; häufig heißt's noch nicht einmal, den Lebensunterhalt erwerben.“

„Einige von ihnen scheinen sich dieser Thatsache aber wohl bewußt gewesen zu sein. Sie bedauerten nämlich den einen oder den anderen um so mehr, weil er so gut wie gar keine Aussichten hätte, es zu etwas zu bringen. In der Hauptsache bedauerten sie die anderen aber deshalb, weil sie von ihrer akademischen Bildung gar keinen Gebrauch mehr machen könnten; sie hätten lieber gar nicht studieren sollen. Der Rückblick auf die Zeit des Studiums müßte für sie so wie so immer recht schmerzlich sein.“

Der Fabrikant wußte nichts darauf zu sagen. Der Professor räusperte sich zwar, schwieg aber schließlich ebenfalls. Es war der Bankier, der das Wort nahm: „Soweit das Geschäft in Betracht kommt, haben die jungen Herren recht. Es hat gar keinen Sinn, leugnen zu wollen, daß zwischen dem Geschäft und höherer Bildung gar keine Verwandtschaft besteht. Kein Geschäftsmann wird, wenn er ehrlich sein will, bestreiten können, daß beide nicht oft zusammen angetroffen werden. Ich weiß wohl, daß wir auf den Diners, die große Kaufleute und Börsenmänner sich gegenseitig geben, immer schwärmen von den begnadeten Finanzgenies, deren Thatkraft den Wohlstand der Menschheit schuf, indem sie Gelegenheit und Triebkräfte aufspürte, die sonst ewig unfruchtbar geblieben wären. Vielleicht und's auch wirklich solche Genies, wer kann's wissen! Aber bekennen müssen wir, daß sie vor der Hand selbst noch keine Ahnung davon haben. Ihr ganzes Streben ist auf eins gerichtet: Geld zu verdienen. Folgt der allgemeine Wohlstand danach, so ist das sehr schön; sie lassen's sich gern gefallen, wenn man ihnen den Verdienst zuschreibt. Aber, wie ich schon sagte, höhere Bildung, d. h. Gemütsbildung hat mit Geschäft absolut nichts zu thun. Diese Bildung stellt einem immer die Frage, die schon der alte Cicero aufgeworfen hat, die nämlich, ob ein Mann, der mit einer Schiffsladung Korn vor einer verhungernden Stadt landet, verpflichtet ist, den Einwohnern zu sagen, ehe er sie geschröpft hat, daß noch ein Dutzend anderer Fahrzeuge mit Getreide am Horizont erscheinen wird. Als Gentlemen müßte er ihnen davon Mitteilung machen; denn er darf unmöglich aus ihrem Notstand Vorteil ziehen wollen; aber als Geschäftsmann wird er sich wahrscheinlich sagen, daß es ein schlechtes Geschäft wäre, seine Wissenschaft auszuplaudern. Diese Erwägung wird ihm über alles andere gehen. Ich sage, Geschäft ist Geschäft; und es fällt mir nicht ein, vorgeben zu wollen, daß Geschäft je irgend etwas anderes sein könnte. In dem Kriege um den Mammon heißt es jeden Vorteil wahrnehmen. Gewiß, nur wenige werden wissentlich betrügen können. Aber wir beeilen uns auch nicht, andere aufzuklären, wenn wir aus ihrer Unwissenheit Vorteil ziehen können. Das wäre nicht geschäftsmäßig! Sie freilich,“ fügte er an den Geistlichen gewandt lächelnd hinzu, „werden es schrecklich finden!“

„Ich wünschte — ich möchte —“ stotterte der Prediger, „ich wünschte, es könnte anders sein.“

„Ich wünsche es auch, Sie können's mir glauben, aber es ist nun 'mal so. Oder ist's etwa anders?“ Er sagte das zu dem Fabrikanten, der zu lachen angefangen hatte.

„Ich sage gar nichts,“ erwiderte dieser. „Sie sind der Held der Debatte und ich will Ihnen den Ruhm nicht rauben.“

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

Kindermund. Der junge Chemiker spricht mit seiner Wirtin über Bazillen. Da meint sich der kleine Sohn in die Unterhaltung und fragt: „Wie sehen denn die Bazillen aus?“ — „Ach, die sind so klein, daß man sie gar nicht sehen kann,“ belehrt ihn der Chemiker. — Ganz erleichtert ruft der Kleine aus: „So, jetzt weiß ich auch, was mich so oft beißt, und wenn ich hinguckе, so ist nichts da.“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020108-10/fragment/page=0002

gehen des Metallarbeiter-Verbandes gegen sämtliche Hamburger Werften gehandelt habe.

Dr. v. Oldershausen erwiderte, die ganzen Ausführungen des Gegners über Kündigung usw. seien absolut überflüssig gewesen, denn die Klage stütze sich nicht darauf, daß etwa die Kündigung nicht innegehalten sei, auf Kontraktbruch usw., sondern auf die §§ 823 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Es liege auf seiten der Beklagten ein rechtswidriges Einwirken auf die Willensfreiheit der Kläger vor. Planmäßig hätten die Werftbesitzer den Arbeitern jede Arbeitsgelegenheit verweigert. Darin liege ein Verstoß gegen die guten Sitten. Auf diese beiden Momente werde die Klage gestützt, nicht auf die Kündigungsangelegenheit. Das scheine der Gegner völlig zu verkennen. Für die Richtigkeit der Sachdarstellung der Klage werde Beweis angeboten, so dafür, daß es sich anfänglich nur um einen partiellen Streik der Nieter auf der Reiherstiegwerft gehandelt habe, weiter, daß, um diesen Ausstand niederzuzwingen, in der bekannten Versammlung im Patriotischen Hause am 11. Juli 1900 Blohm die Aussperrung angedroht und die Drohung am 14. resp. am 21. Juli realisiert ist, schließlich dafür, daß Arbeitsuchenden im Arbeitsnachweis am Kraienkamp gesagt ist, sie erhielten erst dann einen Arbeitsschein, wenn die Nieter der Reiherstiegwerft die Arbeit wieder aufgenommen hätten.

Dr. Westphal erwidert, daß er diese Sachdarstellung zu bestreiten habe und Gegenbeweise bringen werde, so vor allem daß Blohm in der Versammlung am 11. Juli die behauptete Drohung nicht ausgesprochen habe. Der Vertreter der Kläger schiebt darüber Blohm einen Eid zu.

Das Gericht hat die Entscheidung noch nicht gefällt, vielmehr auf einen späteren Termin ausgesetzt.

Oeffentliche Auseinandersetzungen über die Vorgänge, die zur Entlassung Miquels geführt haben, stehen zu erwarten. In einem Artikel zur Eröffnung des preußischen Landtages hatte die Frankf. Ztg. geschrieben, fast könne man sagen, „Miquel sei in den Kanal gestürzt worden, weil ein anderer den Ehrgeiz hatte, die Politik des alten klugen Mannes allein und selbständig fortzuführen". Demgegenüber erklärt die Deutsche Tageszeitung, daß die Anregung zur Verabschiedung Miquels nicht vom Reichskanzler ausgegangen ist, weder mittelbar noch unmittelbar. Die Deutsche Tagesztg. will das, was sie von den intimen Vorgängen über die Entlassung Miquels weiß, erst nach der öffentlichen Erörterung der Dinge, „die unmittelbar bevorsteht", verraten. Schon jetzt aber müsse mit besonderem Nachdruck hervorgehoben werden, „daß die plötzliche Entschließung, die den Landtagsschluß und die Verabschiedung Miquels zur Folge hatte, nicht aus der Initiative des Reichskanzlers hervorgegangen ist".

Einer der ältesten Kämpfer für die demokratische Sache, der frühere Besitzer des ostpreußischen Rittergutes Plicken bei Gumbinnen, John Reitenbach, ist im Alter von 85 Jahren in Zürich gestorben. Sein Leben lang hatte er auf der äußersten Linken und in früheren Jahren wacker gekämpft. Am bekanntesten ist die Konsequenz, mit der er während der Konfliktzeit in den sechziger Jahren dem budgetlosen Regiment Bismarcks die Steuerzahlung verweigerte und sich jedesmal einen wertvollen Ring abpfänden ließ, den er nachher in der Versteigerung regelmäßig wieder erstand. Der „Siegelring des Herrn Reitenbach" auf Plicken, der sogar zeitgenössische Dichter begeistert hat, ist mit der Geschichte der preußischen Konfliktzeit unlösbar verbunden.

Das „Liebesmahl" für Althoff hat vorgestern in der Wohnung des Professors Schmoller stattgefunden. Etwa 20 Gelehrte nahmen daran teil, darunter die Professoren Fischer, Harnack, von Kekule, von Richthofen, Waldeyer, von Wilamowitz u. a. Der Abend gipfelte in einer Rede des Professors Schmoller, in welcher er die Straßburger Angriffe auf Dr. Althoff energisch zurückwies und alsdann die Verdienste des Genannten feierte. Herr Althoff habe es durch seine Energie und Klugheit verstanden, so große finanzielle Mittel für die Universitäten und für große wissenschaftliche Zwecke flüssig zu machen, wie es nie früher gelungen sei. Er habe dabei mit seltenster Menschenkenntnis, die aber natürlich auch manchmal fehlgreife, die rechten Leute an die rechte Stelle gesetzt; er habe dies stets in selbstloser bescheidenster Weise gethan. Allerdings sei auch Dr. Althoff, wie jeder Mensch, nicht ganz von Fehlern frei, und daraus erkläre sich unter Umständen seine Heftigkeit und seine wechselnde Stimmung. Aber auch oft genug habe sich seine Herzensgüte, seine Fähigkeit zu großen Konzessionen gezeigt. Schmoller nennt Althoff einen „Virtuosen der Opportunität" und schließt damit, daß sein Abgang für die preußischen Universitäten ein großes Unglück wäre.

Herr Schmoller hat zwar nur von den Straßburger Angriffen gesprochen, doch richtete sich die von ihm veranstaltete Kundgebung ebenso sehr gegen Mommsen, da auch die Ernennung von Spahn und andere Dinge auf das Konto von Althoff kommen. Angesichts dieses Umstandes ist es immerhin erfreulich, daß von den rund 400 Professoren und Dozenten der Berliner Universität sich nur 20 an der Liebesaktion beteiligt haben.

Ueber das Duell in Jena wird dem Vorwärts von dort berichtet: Der Offizier ist der Leutnant Wolf Thieme von der 10. Kompagnie des in Jena garnisonierenden 3. Bataillons des Infanterie-Regiments Nr. 94. Der Student heißt Karl Held; derselbe befindet sich seit dem 15. April 1899 in Jena, ist am 14. Dezember 1880 in Straßburg (Elsaß) geboren, wohnte zuletzt in Meiningen und gehörte der Burschenschaft „Germania" an. Er studierte Chemie und hatte es bereits zum cand. chem. gebracht und galt in Studentenkreisen als tüchtiger Fechter, der nicht gern einer Gelegenheit, seine Kunst zu zeigen, aus dem Wege ging. So weit bis jetzt bekannt ist, trafen die beiden jungen Herren in der Sylvesternacht, der „freien Nacht", zu später Stunde in einem hiesigen vornehmen Cafe zusammen und gerieten aus einer noch nicht aufgeklärten Ursache in einen heftigen Wortwechsel. Nach übereinstimmender Lesart ist beim Verlassen des Lokals, was früh morgens nach 5 Uhr geschah, der Student dem Offizier auf die Straße gefolgt und hat ihn in einem anderen Stadtteil geohrfeigt. Das Renkonter hatte nachdem inzwischen die vom beiderseitigen Ehrenkodex vorgesehenen Instanzen zu Gericht gesessen hatten, ein Pistolenduell zur Folge, das am Morgen des 4. Januar ausgetragen wurde. Es heißt, daß beim ersten Kugelwechsel der Offizier durch einen Streifschuß leicht am Halse verletzt wurde, während der Student unverletzt blieb; ob der Offizier in die Luft schießen wollte, bleibt ungewiß. Beim zweiten Kugelwechsel machte jedenfalls auch der Offizier Ernst; durch einen wohlgezielten Schuß traf er seinen Gegner in die linke Brust. Die Kugel hatte eine verhängnisvolle Wirkung; nach wenigen Minuten gab der Student an Ort und Stelle seinen Geist auf. — Was mit dem Duellmörder geschehen wird? Nach allgemeinen Erfahrungen kommt der Rächer seiner Ehre vielleicht ein paar Jahre auf eine fidele Festung. Dann ist alles wieder gut. Dem Erschossenen wird ein gänzendes Begräbnis zu teil und sein persönlicher Mut gefeiert werden, obgleich man es vielleicht nur mit einem Streitsüchtigen zu thun gehabt hat.

Zur Beseitigung des Duellunfugs giebt es eben kein andres Mittel, als eine Aenderung des Strafgesetzbuchs in dem Sinne, daß jeder Duellant mit einem Totschläger oder Mörder auf gleiche Stufe gestellt wird.

Gegen die Polenpolitik der preußischen Regierung wendet sich auch der Professor Delbrück in einem Artikel seiner Preußischen Jahrbücher.

Ausweisungsbefehle erhielten noch zwei polnische Studenten wegen der Demonstration gegen den Professor Schiemann in Berlin.

Im Reichsamt des Innern sollen zur Zeit Verhandlungen gepflogen werden, ob die österreichische Grenze für die Einfuhr lebender Schweine zu öffnen sei.

Gegen das System Althoff wendet sich eine Eingabe der medizinischen Fakultät der Berliner Universität an den Kultusminister. Sie beschwert sich, daß sie bei einer Reihe von Aenderungen nicht gefragt worden sei, daß auf der andern Seite aber Professuren, deren Errichtung sie seit langem beantragt habe, noch immer auf sich warten lassen.

Ausland.

Belgien. Ein Ministerwechsel steht nach den Meldungen Brüsseler Blätter bevor. Der König hat beschlossen, den Kabinettschef Smit de Nayer durch den Minister des Innern Trouz zu ersetzen. Ersterer soll die Verwaltung der Hankou-Pekinger Eisenbahn übernehmen, deren Hauptaktionär bekanntlich König Leopold ist.

Italien. Turati hat die Annahme seiner kürzlich erfolgten Wiederwahl in Mailand abgelehnt. In einem Briefe an seine Wähler begründet er ausführlich seinen Entschluß.

Rußland. Die Antwort auf den Protest der Finnen gegen die neue Wehrordnung, durch welche die Selbstverwaltung Finnlands untergraben und der Russifizierung größerer Umfang gegeben wird. Der Generalgouverneur für Finnland hat am 31. Dezember die Antwort des Kaisers auf den Massenprotest der Finnländer veröffentlicht. Diese selbst lautete kurz, der Kaiser habe dem Protest keine Beachtung geschenkt. Zugleich wird aber in der Veröffentlichung des Generalgouverneurs über die Erklärungen und Ratschläge berichtet, die der Minister-Staatssekretär für Finnland, der Russe von Plehwe, dem Kaiser anläßlich der Vorlegung des Protestes gegeben hat. Das finnische Volk, sagte er, sei unleugbar irregeleitet und würde irregeleitet durch Proteste und Agitation. Das aber würde sich ändern, wenn die vom Kaiser ernannten Beamten nicht mehr offen der Regierung entgegenwirken und die Proteste mit unterschrieben. Diese Unschicklichkeit könne nicht geduldet werden. Die niederen Beamten, die unterschrieben hätten, könnten nicht befördert werden; einige, die schon höhere Stellungen bekleideten, müßten abgesetzt werden. Es müsse den Finnländern zum Bewußtsein gebracht werden, daß, wenn die höchste Macht sich nicht auf die mit den höchsten Stellen betrauten Beamten verlassen könne, diese durch Russen ersetzt würden.

Amerika. Die Korruption in der Newyorker Stadtverwaltung. Tammany-Hall, jene bekannte Parteiorganisation in Newyork, die es versteht, alle städtischen und staatlichen Aemter an Kreaturen der republikanischen Partei zu vergeben und deren Einfluß in letzter Zeit etwas im Sinken begriffen war, versuchte vor kurzem, durch einen Korruptionsfonds von 100 000 Dollars die Aldermen zu bestechen, um eine tammanifizische Mehrheit im Stadtrate zu erlangen. Die in Versuchung Geführten enthüllten den Plan, der nunmehr vereitelt ist.

— Die Lage in Venezuela ist noch immer sehr verworren. Die Stellung des Präsidenten Castro ist immer noch sehr unsicher, seine Geldverlegenheit macht jede energische Thätigkeit der Regierung unmöglich. Die Generale Rieva und Mendoza haben sich mit dem Führer der Aufständischen, General Malos, vereinigt.

China. Ein Vertrag mit Korea. Nach Meldungen aus Söul wurde zwischen der chinesischen und koreanischen Regierung ein Vertrag abgeschlossen, durch welchen den Chinesen an der nordwestlichen Küste von Korea dieselben Küstenrechte eingeräumt werden, die die Japaner gegenwärtig dort besitzen.

Der Krieg in Südafrika.

Die Engländer haben schon wieder eine Niederlage erlitten. Londoner Blätter melden aus Pretoria, daß eine Abteilung Scots Greys, die sich auf dem Marsch von Brugspruit nach Bronkhorstspruit befand, von Buren überfallen wurde; sie verlor 6 Tote und 13 Verwundete; nach zweistündigem Kampf zog sich der Feind, der ebenfalls einige Verluste hatte, zurück.

Zu den angeblichen Uebergriffen der Kapstädter Zensur gegenüber den nach Deutsch-Südwestafrika bestimmten Briefen und teilweisen Verschwinden derartiger Sendungen schreibt die Nordd. Allg. Ztg.: Bei der deutschen Reichspostverwaltung sind bisher weder vom Publikum, noch von der niederländischen Postverwaltung Klagen über derartige Briefverluste erhoben worden. Die zwischen Deutschland und Deutsch-Südwestafrika gewechselten Korrespondenzen werden bereits seit Oktober v. J. zwischen den beiderseitigen Postanstalten in geschlossenen Säcken ausgetauscht. Daß vor dieser Zeit vereinzelte Briefe aus Deutschland nach Deutsch-Südwestafrika bei der Leitung über Kapstadt geöffnet worden sind, ist erst vor kurzem in 2 Fällen bekannt geworden. Aus welchen Gründen diese Eröffnung stattgefunden hat, wird deutscherseits weiter verfolgt.

Zum Zollkrieg.

Der lange Möller und der Zolltarif. Ueber ein intimes Verhältnis des Ministers Möller zum Zolltarif weiß der Vorwärts Seltsames zu erzählen: Zu Nr. 557 heißt es in der Begründung: „Anträge auf Erhöhung des Zolles für Treibriemen aus Leder . . . liegen nicht vor. Gleichwohl wird eine Zollerhöhung . . . nicht zu umgehen sein." Dieser Widerspruch wird dann u. a. damit zu rechtfertigen gesucht: „Für die vorgeschlagene Erhöhung des jetzigen Zollsatzes ist ferner anzuführen, daß in neuerer Zeit Treibriemen aus chromgarem Leder hergestellt werden, die besonders hochwertig und dabei von leichtem Gewicht sind."

Der Vorwärts reproduziert nun ein Inserat der Firma Fr. Möller, G. m. b. H., Chromgerberei, Brackwede, Westfalen. Dieses Inserat preist als Spezialität der Firma:

„Unser garantiert unbeschwertes Chromriemenleder hat die doppelte Festigkeit, viel größere Geschmeidigkeit, Elastizität, Adhäsion und Widerstandsfähigkeit gegen ätzende Stoffe und Hitze als lohgares Leder.

Es reckt sich nicht in normalem Betriebe,
Chromriemen ersparen Kraft . . . ꝛc. ꝛc."

Dazu bemerkt der Vorwärts:

Auch Herr Möller hat keinen Antrag auf Zollerhöhung für Riemenleder gestellt — denn die Begründung hebt ja ausdrücklich hervor, daß Anträge nicht vorlagen. Dennoch hat der preußische Minister Möller nicht verhindern können, daß der Zoll mit Rücksicht auf ein Spezialprodukt erhöht wurde, das die Chromgerberei Möller herstellt, ohne daß sie einen erhöhten Zollschutz für geboten gehalten und beantragt hätte. Herr Möller als Lederfabrikant hält einen verstärkten Zollschutz für sein Produkt für unnötig, Herr Möller als Minister ignoriert mit einer erstaunlichen Selbstverleugnung den Verzicht seiner Firma und läßt ihr ruhig den nicht gewünschten gesteigerten Zollschutz dennoch zukommen, obendrein unter Berufung auf die von der Firma gepflegte Spezialität!

Es lebe die Chromgerberei: Es lebe der Schutz der nationalen Arbeit!

Den Vorschlag des Abgeordneten Gamp, eine gleitende Skala des Getreidezolls einzuführen, ist bereits vor einem halben Jahrhundert in England praktisch versucht worden. Oppenheim schreibt über die Wirkungen dieses gänzlich mißglückten Experiments:

„Die Preise wechselten im nächsten Jahrzehnt ärger als je, und zwar schon aus dem einfachen Grunde, weil nun die Importeure ein doppeltes Interesse hatten, die höchsten Preise abzuwarten. Die Skala wirkte, wie Roscher (Ueber Kornhandel und Teuerungspolitik) sagt, als eine förmliche Prämie für Abwartung der höchsten Preise. „Auch die Schiffahrt wurde in den nachteiligsten Wechsel von Ueberspannung und Abspannung versetzt." So trug diese letzte für zulässig erachtete Form der Kornzölle wesentlich dazu bei, das ganze Institut der allgemeinen Mißbilligung preiszugeben. Handel und Schiffahrt litten darunter; die Ernährung des Volkes war, neben dem Wechsel der natürlichen Ursachen, dem Zufallspiel einer wilden und ungeregelten Spekulation preisgegeben. Und auch das fiskalische Interesse fand keine Befriedigung; denn selbstverständlich variierten die Zolleinnahmen fortwährend um Hunderte von Prozenten."

Die Industrialisierung Deutschlands. In Preußen beträgt nach der letzten Volkszählung die Bevölkerung der Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern 36,77 Prozent der Gesamtbevölkerung. Nach der vorletzten Zählung vom Jahre 1895 waren es bloß 32,5 Prozent. Die Zeitschrift des preußischen statistischen Bureaus kommentiert dieses Ergebnis wie folgt: „Hält man hiermit die oben angeführten Thatsachen zusammen, daß 122 ländliche Kreise und selbst zwei ganze Regierungsbezirke, die ostpreußischen, in den letzten fünf Jahren nicht nur gar keine Zunahme, sondern eine Abnahme der Bevölkerung aufweisen und dazu nicht weniger als 98 dieser Kreise den älteren östlichen Provinzen angehören, während die Kreise mit der stärksten, zum Teil auffällig hohen Zunahme in den industriellen Gebieten des Westens und Schlesiens liegen; so wird hierdurch von neuem bestätigt, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung mit raschem Schritte nach der Industrie hindrängt und der Landwirtschaft mehr und mehr Kräfte verloren gehen: dies schon der Zahl nach, ganz abgesehen von der Qualität des den landwirtschaftlichen Gegenden verbleibenden Teiles der Volkskraft.

Also die Zukunft Deutschlands liegt in der industriellen Entwicklung. Welcher Aberwitz sind aber dann die Agrarzölle, welche die industrielle Entwicklung zurückhalten?! Um einem Häuflein adeliger Großgrundbesitzer eine reichliche Beute zu sichern, werden die Interessen der Nation preisgegeben!

Gegen die Wertzölle nach dem Gampschen Antrage erklärt sich auch die Kreuz-Ztg., welche schreibt, sie könne nicht umhin, ihren Bedenken gegen diesen Antrag Ausdruck zu geben. Der Festsetzung von Normalpreisen nach dem Gampschen Antrage stehe schon die Verschiedenheit der Getreidepreise an den einzelnen Marktorten störend im Wege. Gerade unter den obwaltenden Umständen müsse überdies die Bepackung der Verhandlungen über den Zolltarif mit einer höchst schwierigen Frage von grundsätzlicher Bedeutung vermieden werden.

Der ostpreußische Müllerverband bekundet seine Abhängigkeit von den Agrariern dadurch, daß er einen Zoll auf Kleie und sonstige Futtermittel fordert. Zugleich erklärten sie in einer Resolution, die Einfuhr des ueberreichen russischen Getreides sei unbedingt nötig, damit ein konkurrenzfähiges Fabrikat hergestellt werden könne. — In das Gehirn der verehrlichen Mühlenbesitzer scheint viel Mehlstaub gedrungen zu sein, so daß die Klarheit ihres Denkens beeinträchtigt wird.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Grosser
Räumungs-Ausverkauf.
Geschäftshaus
J. Lewin
Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020108-10/fragment/page=0003

Allgem. Konsum-Verein zu Halle a. S., E. G. m. b. H.

Den geehrten Mitgliedern unseres Vereins zur öffentlichen Kenntnis, daß die Eröffnung unserer neuen Verkaufsstelle

Merseburgerstraße 93

Donnerstag den 9. Januar erfolgt und laden wir zum fleißigen Besuche der vollständig modern eingerichteten Verkaufsräume höflichst ein.

Beitritts-Erklärungen zu unserem Vereine werden in allen Verkaufsstellen sowohl wie im Kontor, **Merseburgerstrasse 168,** jederzeit entgegengenommen.

Achtungsvoll **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Verein

für Halle und den Saalkreis.

Donnerstag den 9. Januar im Restaurant „Drei Könige" Kleine Ulrichstraße

Versammlung.

Tagesordnung: 1. „Handelspolitische Probleme". Referent: Genosse **Swienty.** 2. „Kommunale Projekte". Referent: Genosse **Emmer.** 3. Die Neuwahl im 3. Bezirk. 4. Wichtige Vereinsangelegenheiten.

Der Vertrauensmann.

Gewerkschaftskartell Halle.

Freitag den 10. Januar 1902 abends ½9 Uhr im „Weißen Roß"

Jahres-Hauptsitzung.

Tagesordnung:

1. Verlesung der neuen Delegiertenliste.
2. Jahresbericht des Vorsitzenden.
3. Jahresbericht des Kassierers.
4. Neuwahl des Gesamtvorstandes und der Revisoren.
5. Vortrag über die Wahlen zum Innungsschiedsgericht.
6. Anträge und Mitteilungen.

Die Delegierten sollen bereits vor ½9 Uhr erscheinen, damit bis zum Beginn der Sitzung die ausgefüllten statistischen Fragebogen abgeliefert werden können. Jede Gewerkschaft hat ferner auf einem Zettel Namen und Wohnung ihrer Vorstandsmitglieder einzureichen.

Gäste haben Zutritt, soweit der Raum reicht. **Der Vorstand.**

Ortskrankenkasse der Tischler und vereinigten Kassen in Zeitz.

Den Herren Arbeitgebern und Kassenmitgliedern geben wir hierdurch bekannt, daß die auf Anregung der hiesigen Behörde von der Generalversammlung vom 24. November 1901 beschlossenen Statuten-Aenderungen schon vom 1. Januar 1902 ab in Kraft treten.

Der gedruckte Statuten-Nachtrag wird in den nächsten Tagen zu Verteilung gelangen.

Der Vorstand. Otto Köhler, Vorsitzender.

Naturheilverein Priessnitz, Giebichenstein

Sonnabend den 11. Jan. im Vereinslokal Restaurant „Gosenschenke"

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Kassierers. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Anträge. **Der Vorstand.**

Frisches Kommisbrot

6 Pfund schwer, empfiehlt

E. Wüster

Butterhandlung Thalamtstraße 7.

Klavierspieler empfiehlt sich für die Tage von Montag bis Sonnabend zu billigen Preisen. Zu erfragen Gr. Brauhausstr. 21, III.

Naturbutter 10 Pfd.-Kolli Mark 6.50
„ „ Bienenhonig 4.50
ir. gesch. fette Gänse, a Stück Mark 4.50
H. Spitzer, Probuzna 61 via Schlesien.

Zeitz.

Lotterie-Klub „Million".

Mittwoch den 8. Januar

General-Versammlung.

Um das Erscheinen aller Mitglieder ersucht **Der Vorstand.**

Stadt-Theater Halle a. S.

Mittwoch den 8. Januar 1902
Abends 7¼ Uhr:
115. Vorst. i. P.-A. 83. Abonn.-Vorst.
3. Viertel. Farbe blau.
Gastspiel des Frl. **Lisbeth Stoll** und des Frl. **Toni Lete.**

Die Hugenotten.

Gr. Oper in 4 Akten v. G. Meyerbeer.

Donnerstag den 9. Januar 1902
Abends 7¼ Uhr
116. Vorst i. P.-Ab. 84. Abonn.-Vorst.
4. Viertel. Farbe gelb.

Das Streichholzmädel.

Musikalisches Märchen von Andersen.
Hierauf:

Sein Doppelgänger.

Schwank in 3 Akten von Hennequin und Duval.

Walhalla-Theater

Direktion: **Richard Hubert.**

Robert

Paxton's

Kolossalgemälde lebender Bilder nach berühmten Meistern.

Der urkomische

Heinrich Blank

das non plus ultra der Bauchrednerkunst.

!! Ungeheure Heiterkeitserfolge !!

U. d. übrige ausgezeichnete Programm.

Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Welt-Panorama.

Vom 6. bis 12. Januar **Gardasee,** Wälsch-Tirol, Oberitalien, Trient, Bonalestr. 2c. Nächste Woche: Savoyen.

Vorzugs-Karten

zum

Welt-Panoruma

(Preis 20 Pf.)

sind zu haben in der

Volksbuchhandlung,

Rannischestraße 3.

Semmel,

schön weiß, 4 Groschenreihen ca. 1 Kilo 29 Pf. empfiehlt

Laurentiusstr. 18. Gr. Ulrichstr. 37.

Rohrstühle werden geflochten.
Emma Jungmann, Merseburgerstr. 15 III.

Achtung! **Greppin.**

Alle Woche zwei- bis dreimal frisch geschlachtet, feine Schlackwurst mit Schweinefleisch gearbeitet, feine Bratwurst, geräucherten u. gekochten Schinken, ff. Rollschinken und Sauerbraten empfiehlt

Franz Tennert, Roßschlächter.

Stets ff. fette Ware.

Vom Büchermarkt.

Arbeiterrecht von Stadthagen Geb. 5.50 Mk.
Bürgerliches Gesetzbuch mit volkstümlichen Erläuterungen.
Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch.
Die Bibel oder **Die sogenannten heiligen Schriften der Juden und Christen.** Preis geb. 4.50 Mk.
Leipziger Hochverratsprozeß. Prozeß wider Liebknecht, Bebel u. Hepner. Preis 5 Mk.
Das Kapital von Marx.
Liebknechts Fremdwörterbuch.
Corvins Pfaffenspiegel.
In freien Stunden. I. II. und III. Jahrgang, geb.
Neue Zeit. Diverse Jahrgänge, geb.
Die illustrierte Welt der Erfindungen von J. G. Vogt. 6 Prachtbände, à 6.50 Mk., Halbfranz, a 7.50 Mk. und 2 Supplement-Bände.
Das Werden des Menschen von Dr. Ecknd. Preis geb. 6 Mk.
Krankheit oder Verbrechen? von Dr. G. H. Berndt.
Illustrierte Weltgeschichte von J. G. Vogt. 6 Prachtbände, à 5.50 Mk., Halbfranz, a 6.50 Mk.
Der gesunde und kranke Mensch von Dr. König. Preis 12.50 Mk.
Geschichte der modernen Gesellschaftsklassen von Kampffmeyer. Preis 1.50 Mk.
Das natürliche Werden der Lebewesen von Dr. Roller. Preis geb. 3.75 Mk.
Ein Held des Geistes und des Schwertes von Otto Walster. Preis 5 Mk.
Kraft und Stoff von Dr. Büchner. Preis 6.50 Mk.
Gedanken eines arbeitslosen Philosophen. Geb. 1 Mk.
Es werde Licht! Poesien von Leopold Jacoby.
Lichtstrahlen der Poesie von Max Kegel. Preis 3.50 Mk.
Albert Dulks Gedichte. Preis 1.50 Mk.
Gratulationsgedichte und Vorträge zu allen festlichen Gelegenheiten für die Kinder des Proletariats. Preis 60 Pfg.
Wider Junkertum und Pickelhaube von Rud. Krafft. Premierleutnant a. D. Preis 40 Pf.

Zu haben in der

Volksbuchhandlung,

Rannischestraße 3.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller** am Riebeckplatz, nächste Nähe vom Haupt-Bahnhof.

Täglich

der neue großartige Spielplan:

William Orfords Wunder-Elefanten.

Die größte Attraktion einer Varietee-Bühne.

La belle Lorraine, Schönheitsgalerie modern. Meister.

Brothers Starley, akrobatische Kunstradfahrer.

Mira de Dolinda, Vortrags-Kostüm-Soubrette.

Chr. Rügammer, Grotesk-Humorist in seinen urkom. exzentrischen Soloscenen.

Frères Welton in ihren einzig existierenden olympischen Spielen.

Black u. White, musikalische Fantasten mit ihren Original-Instrumenten.

Drösses Velograph, neue Serie seiner lebenden prächtigen Photographien.

Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Donnerstag den 6. Februar grosses

Elite-Maskenfest

Jeden Mittwoch **Schlachte-Fest.**
Oskar Heller, Steinweg 32.
Telephon 2179.

Erprobtes Hustenmittel
ist mein selbstgekocht. schwarzer
Johannesbeersaft.
Carl Krütgen
Universal-Droguerie
Merseburgerstraße.

Honigkuchen-Bruch

empfiehlt, soweit Vorrat reicht

Carl Tornow

Inhaber: R. Schirmer

Leipzigerstraße. 82.

Mus!

Selbstgekocht. süßes **Pflaumenmus** à Pfd. 20 Pf., 5 Pfd. 90 Pf.
Wittekindstraße 32 im Hof.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Todes-Anzeige.

Am Freitag abend verstarb plötzlich am Herzschlag unser Mitglied der Schlosser

Ernst Pohle

im Alter von 19 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020108-10/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 6 — Halle a. S., Mittwoch den 8. Januar 1902 — 13. Jahrg.

Hallesche Lokal- und Parteigeschichte

des Jahres 1901

in Monatsbildern.

Juli.

1. Kollege Swienty wird nach Verbüßung seiner viermonatlichen Gefängnisstrafe entlassen.
   Der Reichsanzeiger publiziert die 45tägige Giltigkeit der Rückfahrkarten vom 4. Juli ab.
4. 37 neue Mitglieder hat der Sozialdemokratische Verein gewonnen.
5. Die Maurer Deege, Scheibe und Koch werden wegen groben Unfugs zu je 30 M. Geldstrafe, Deege außerdem zu 14 Tagen Gefängnis wegen Vergehen gegen § 153 der Gew.-Ordn. verurteilt.
   Der hiesige polnische Studentenverein Philomatia wird von der hiesigen Universitätsbehörde aufgelöst.
8. Fuhrmann Thielicke wird zum Tode verurteilt.
9. Herr Kommerzienrat Hübner schenkt der hiesigen studentischen Sparkasse 100 000 M.
11. Das Landgericht bestätigt das Urteil des Schöffengerichts, wonach Deege, Leiter des Maurerstreiks, zu 7 Tagen Haft verurteilt wird. Die Strafe des Bauarbeiters Dörner — Verurteilung zu 10 Tagen Haft — wird vom Landgericht ebenfalls bestätigt.
14. Das Gewerkschaftsfest findet in den Räumen des Bellevue unter großem Andrange der Arbeiterschaft statt.
16. Die Handelskammer macht in ihrem Jahresbericht Propaganda für ein neues Zuchthausgesetz und verdächtigt die Arbeiterbewegung.
17. Das Stadtverordneten-Kollegium entscheidet sich durch Mehrheitsbeschluß für die Verschlechterung des Wahlsystems zu den Stadtverordnetenwahlen; die sogen. Zwölftelung wird durch Ortsstatut eingeführt.
18. Die Petitionsbogen der sozialdemokratischen Partei gegen den Brotwucher werden in Halle ausgetragen.
24. Herr Handelssekretär Dr. Wermert muß der scharfmacherischen Richtung innerhalb der Handelskammer weichen.
25. 154 Ladeninhaber der Nahrungs- und Genußmittelbranche sprechen sich für den Achtuhrladenschluß aus.
27. Die Kröllwitzer Papierfabrik zahlt 18. Proz. Dividende.
30. Gestorben ist in Trotha der Parteigenosse König.
31. Bahnunglück bei Ammendorf; Handelsmann Schneller und seine Frau getötet.

August.

1. Der Maurerstreik wird für beendigt erklärt.
4. Die Polizei-Verwaltung giebt der Kröllwitzer Papierfabrik anheim, innerhalb drei Tagen für die Verhütung der Luft-Verpestung zu sorgen oder die Schließung zu erwarten.
5. Einführung des Achtuhrladenschlusses in der Nahrungs- und Genußmittelbranche.
6. Wilhelm II. läßt mitteilen, daß er nicht zur Denkmalseinweihung nach Halle kommt.
7. Im Volksblatt werden die Mehrkosten des Hungertarifes für die Stadt Halle auf rund 600 000 M. veranschlagt.
8. Redakteur Hennig von der Erfurter Tribüne wird mit 30 M. Geldstrafe belegt, weil er mitgeteilt hatte, daß in Halle ein Zimmererstreik ausgebrochen sei.
12. Der Handelskammer-Vorsitzende Kuhlow lehnt es ab, in der wegen des Handelskammerberichts seitens der Gewerkschaften einberufenen Versammlung zu erscheinen.
   In den hiesigen Maschinenfabriken werden die Akkordpreise herabgesetzt und Entlassungen vorgenommen.
13. Im Monat Juli hat der Sozialdemokratische Verein 32 Neuaufnahmen vollzogen.
15. In einer Versammlung gen. Vereins spricht Redakteur Jäckh aus Leipzig über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.
17. Kollege Thiele verläßt das Gefängnis.
18. Der Kreistag für den Saalkreis findet statt.
   Der Verbandstag der Lithographen und Steindrucker wird eröffnet.
22. Der Maurer Brömme, der wegen des Streiks 6 Wochen Gefängnis zu verbüßen hat, stirbt im hiesigen Zentralgefängnis.
   Der Verbandstag der Lithographen wird geschlossen.
24. Der Kröllwitzer Papierfabrik wird eine sechswöchentliche Frist gewährt.
   In der Wählerliste für die Stadtverordnetenwahlen sind viele Streichungen vorgenommen.
26. Die Denkmalseinweihung ist in der programmmäßig festgesetzten Weise erfolgt.
31. Genosse Schlossermeister Nette ist im Alter von 67 Jahren gestorben.

September.

3. Die Fleischermeister erhöhen die Preise auf Fleischwaren.
   Eine Parteiversammlung im Konzerthaus erklärt sich gegen den Schiedsspruch in Sachen der Hamburger Akkordmaurer.
   Genosse Reiwand wird als Delegierter für den Lübecker Parteitag gewählt.
6. Maurer Leetsch wird zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.
7. Die Gewerbegerichtswahlen finden am 23. September statt.
   Die Morellsche Brauerei meldet den Konkurs an.
8. Die Wählerlisten zu den Stadtverordnetenwahlen liegen bis zum 15. September aus.
12. Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung im Konzerthaus stellt die Arbeiterkandidaten für die Gewerbegerichtswahlen auf.
15. Im Gutjahrbrunnen der konsolidierten Pfännerschaft sind der Wärter Melzer und der Oberwärter Heine erstickt.
23. Die Gewerbegerichtswahl ergiebt die Wahl der vom Kartell aufgestellten Arbeitnehmer-Kandidaten. Auf unsere Liste der Arbeitgeber entfallen 148 Stimmen.
   Das Stadtverordnetenkollegium lehnt die Bewilligung eines Zuschusses von 2000 Mk. für das Arbeitersekretariat ab.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 6. Januar 1902, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Dittenberger.

1. und 2. Einführungen. Die heutige Sitzung wurde mit der Verpflichtung bezw. Einführung der neue bezw. wiedergewählten Stadtverordneten eröffnet. Die gewählten Herren nahmen auf Wunsch des Vorstehers vor dem Magistratstische Aufstellung, wo sie vom Oberbürgermeister Staude in der üblichen Weise in ihr Amt eingeführt wurden. Herr Staude wies darauf hin, daß er schon manches Mal diesen Akt vollzogen habe, ihm dessen Bedeutung aber noch nie so vor die Seele getreten sei, wie gerade heute. Große Verantwortung ruhe auf dem Kollegium, und die Verantwortung sei noch gestiegen durch die Eingemeindung der Vororte. Es giebt unabweisbare Bedürfnisse, und so erscheine auch **eine Steuererhöhung unabweisbar**. Herr Staude wies dann zu unserem Erstaunen auf den wirtschaftlichen Niedergang hin und meinte, daß man trotzdem dafür sorgen müsse, daß die Verwaltung nicht ins stocken gerate. Die Gewählten möchten unparteiisch ihre Pflicht thun und stets im Interesse der Stadt wirken. Die Neugewählten wurden dann durch Handschlag verpflichtet. Hieran schloß sich die Einführung und Vereidigung des Stadtrats Billing, der beschwor, dem König von Preußen unterthänig, treu und gehorsam zu sein und die Verfassung beobachten zu wollen.

Darauf giebt der Vorsteher die Eingänge bekannt, unter denen sich eine Petition befindet, in der sich Arbeiter des Stadtbauamts darüber beschweren, daß sie am 31. Dezember v. J. entlassen worden sind, weil sie zu viel Geld verdient haben. Die als rätselhaft bezeichnete Petition, wurde der zuständigen Prüfungskommission überwiesen. Nach der Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 20. Dezember wurde die Tagesordnung fortgesetzt.

3. Neuwahl des Bureaus. Der Vorsteher Prof. Dittenberger wurde mit 53 Stimmen wiedergewählt, Rechtsanwalt Dr. Keil erhielt aber auch eine Stimme. Als stellvertretender Vorsteher wurde Kommerzienrat Stechner mit 38 Stimmen gewählt. Maurermeister Hildebrandt wurde als Schriftführer mit 55 und Kaufmann Uber als stellvertretender Schriftführer mit 48 Stimmen gewählt. Bei jedem Wahlgange wurden 5 bezw. 6 unbeschriebene Zettel abgegeben.

4. Die Wahl der Kommissionen wurde dem Bureau unter Hinzuziehung der Stadtv. Föhring, Schmidt und Grote zur Vorberatung übertragen.

5. bis 8. Die Entlastungen der Rechnungen der Paul Riebeck-Stiftung und des Stiftungsvermögens des ehemaligen Frauenvereins für Waisenpflege wurden erteilt und die Haushaltspläne der Theodor Schmidt-Stiftung bezw. der Geschwister Röier-Stiftung wurden genehmigt.

9. Der Antrag auf Vermehrung der Polizei wird mit dem Hinweise vom Stadtv. Apelt begründet, daß Ober-Polizei-Inspektor Weydemann erklärt habe, die Polizeibeamten wären mit Arbeiten überlastet. Anderwärts kämen 16000 bis 18000 Einwohner auf 1 Revier und in Halle 25000. Die sozialpolitischen Gesetze erforderten ebenfalls eine Vermehrung der Polizei.

Der Magistrat unterbreitet hierzu folgende Vorlage:

Seitens der Exekutiv-Abteilung der Polizei-Verwaltung sind folgende vier Vorschläge zum Etat pro 1902 gemacht:

1. Vorbereitung eines 8. Polizei-Reviers durch Gründung von 7 neuen Polizei-Sergeanten-Stellen,
2. Einrichtung eines besonderen, mit 1 Kommissar, 1 Wachtmeister und 3 Polizisten besetzten Gewerbe-Kommissariats,
3. Umwandlung der Stelle des mit der Leitung des Sittenwesens betrauten Assistenten in die Stelle eines Polizei-Kommissars, und endlich
4. Umwandlung einer Polizistenstelle in die eines Wachtmeisters.

Die diesen Vorschlägen beigegebene Begründung ist nach Ersuchen des Magistrats so durchdachtgend und erschöpfend, daß derselben nichts hinzuzusetzen, vielmehr nur zu folgen ist. Die einzige, mehr äußerliche Abänderung, erscheint dem Magistrat angebracht, daß die Einstellung der unter 1 genannten sieben Polizisten, da die Auswahl im Herbst eine bessere ist, erst vom 1. Oktober 1902 ab erfolgt. Die Kosten dieser Maßregeln betragen;

zu 1:	$\frac{7 \times 1575}{2}$		5512.50 M.
zu 2:	1 Kommissar	2750 M.	
	1 Wachtmeister	1890 „	
	3 Polizisten	4725 „	
			9365.00 „
zu 3:	Kompetenz des Kommissars (ohne Kleidergeld)	2600 M.	
	Kompetenz d. Assistenten	2000 „	
		Mehr	600.00 „
zu 4:	Kompetenz des Wachtmeisters	1890 M.	
	Kompetenz d. Polizisten	1675 „	
		Mehr	215.00 „
		zusammen	15692.50 M.

Der Magistrat ersucht um Einverständnis der Versammlung, daß entsprechend diesen Vorschlägen die erforderlichen Einstellungen in den nächstjährigen Etat vorgenommen werden.

Stadtv. **Krüger** bemerkt, ihm erscheine es, als käme bei dieser Sache der Appetit beim Essen. Erst waren es 5, dann 6, 7 und nun sollen es 8 Bezirke werden. Im Jahre 1900 waren 27 und 1901 sogar 49 offene Stellen vorhanden. Man möge mir dafür sorgen, daß die Stellen besetzt werden und den unteren Beamten eine bessere Behandlung zu teil wird. Wenn das verlangte Geld bewilligt ist, so wird es auch verbraucht, aber der Uebelstand bei der Polizei wird nicht gehoben. Der Prozeß Schöning hat ja seiner Zeit etwas Licht in die Behandlung der Unterbeamten gebracht. Ihm, Redner, sei erst kürzlich mitgeteilt, daß den Unterbeamten gegenüber Worte wie: „Dreckspatz, gesenkte Sau ꝛc.“, gebraucht wurden. Auf ihn selbst sei ein Wort angewendet worden, das er dem Kollegium nicht gern unterbreiten möchte. Auch sei es zu verurteilen, daß bei der vorigen Stadtverordnetenwahl ein solcher Terrorismus auf die Unterbeamten ausgeübt worden ist. Stadtrat Winter werde bestätigen müssen, daß während seiner Wahlthätigkeit ein Feuerwehrmann kam, der da sagte: „Wir sind hierher geschickt worden, um zu wählen, man hat uns aber nicht gesagt, wie wir das machen sollen.“ — Dem zur Wahl geschobenen Manne mußte erst mitgeteilt werden, wie er sich zu verhalten habe. Der Oberbürgermeister habe schon heute die Steuererhöhung angekündigt, und die Bürgerschaft wird sich unter den jetzigen Verhältnissen mit Händen und Füßen gegen eine Steuererhöhung wehren. Da erscheine Sparsamkeit angebracht. Die neueingeführten Kollegen möchten es sich doch mit zur Aufgabe machen, die Bürgerschaft vor neuen Steuererhöhungen zu bewahren. Er und seine Freunde werden nur für Punkt 2, Einrichtung des Gewerbe-Kommissariats, stimmen.

Herr **v. Holly** spricht von großer Ueberlastung der Revierkommissarien. Wenn die sozialpolitischen Gesetze so durchgeführt werden sollten, wie es verlangt wird, dann benötige man mehr Polizei. Da müssen Revisionen nicht bloß in Fabriken, sondern auch in Bäckereien vorgenommen werden. Gewöhnlich rechne man auf 800 Einwohner einen Polizisten. Danach sind in Halle viel zu wenig Polizeibeamte. Die Stadt könne auch von Aufsichts wegen gezwungen werden, mehr Polizei anzustellen, in eine solche Zwangslage werde sich doch die Stadt Halle nicht bringen lassen wollen. Wie die Stadt wächst, so entsprechend müsse doch auch die Polizei wachsen. Die Schulferienkurse habe man auch entsprechend vermehrt. Der Wechsel der Beamten ist jetzt, nachdem die Gehälter der Polizisten erhöht worden sind, mit einem Schlage beseitigt. Jetzt bekomme man Bewerbungen von solcher Qualifikation, wie man sie früher nicht gesehen habe. Wenn sich nun der Stadtverordnete Krüger betreffs der Behandlung der Beamten auf das Zeugnis des früheren Polizisten Schöning (Zuruf: „Das paßt Ihnen jedenfalls nicht in den Kram“) beruft, so sei das jedenfalls kein klassisches Zeugnis. Der angebliche Terrorismus, der bei der Stadtverordnetenwahl auf die Beamten ausgeübt worden sein soll, ist jedenfalls noch lange nicht so schlimm, wie er auf andere Leute von gewisser Seite ausgeübt worden ist.

Geheimrat **Reck** wünscht, daß zu dem zu bildenden Gewerbekommissariat Beamte angestellt werden, die etwas technische Kenntnisse haben. Da sind Polizeibeamte in Fabriken gekommen und haben Material zusammengetragen, das ganz unbrauchbar gewesen ist.

Stadtv. **Krüger** bewundert es, daß Herr v. Holly bei seinen Ausführungen die Lehrer mit den Polizisten auf eine Stufe gestellt habe. Unzweifelhaft sei jedenfalls, daß die Vermehrung der Lehrkräfte einen Fortschritt bedeute, während bei der Vermehrung der Polizei das Gegenteil der Fall ist. Wenn nun alle Stellen besetzt sind, dann möge man erst einmal zusehen wie man nun auskomme. Im übrigen ersucht Redner, die Beamten besser zu behandeln. Den Magistrat gehe es gar nichts an, das wolle er offen erklären, ob die Beamten zur Wahl gehen oder nicht. Wenn auf die Beamten ein Druck ausgeübt werde, so müsse er das als unanständig bezeichnen. (Der Vorsteher ruft den Redner zur Ordnung und ein Stadtverordneter schreit „Pfui!“)

Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärt noch Stadtv. Apelt, daß die Polizei bei der Bürgerschaft immer nicht gut angeschrieben stehe. Stadtv. Heiser bestreitet das mit dem Hinweise, daß das Kollegium der Beamten mehr gegeben habe, als der Magistrat verlangte. Das Resultat der Abstimmung war, daß Punkt 1 der Vorlage mit 27 gegen 27 Stimmen angenommen wurde, da der Vorsteher von seiner bei Stimmengleichheit vorgesehenen Doppelstimme Gebrauch machte, so daß 28 Stimmen für die Vorlage zählten. Punkt 2, Einrichtung eines Gewerbe-Kommissariats, wurde mit großer Majorität angenommen und Punkt 3 und 4 abgelehnt.

10 bis 14. Zur Abnahme des durch die ehemalige Gemeinde Trotha ausgebauten Seebener Weges wurde die teilweise Zustimmung erteilt. — Die Fluchtlinie der Südstraße zwischen Lodenberg- und Flottwellstraße wird beschlossen. — Zur Verpachtung des Ackerplanes in der Reideburger Flur wurde die Zustimmung erteilt. Die Entlastung der Rechnung des Erneuerungsfonds für die elektrische Beleuchtungsanlage des Ratskellers wird erteilt und die Petition wegen Belassung der jetzigen Höhenlage der Parkstraße soll berücksichtigt werden.

6. Dem Antrage wegen besserer Beleuchtung des Stadtverordneten-Sitzungssaales wurde zugestimmt. Der Referent Stadtv. David meinte, der Kronleuchter müsse brennen, und für die Vertreter der Presse werde schon Rat geschafft werden. Geheimrat Reck wendet sich gegen den Stadtv. Richter, der aus Anlaß einer früheren Bemerkung ihm, Reck, unterschoben habe, als wollte er die im Kollegium mit vieler Mühe hergestellte Oeffentlichkeit jetzt auf Umwegen beseitigen. Er, Redner, habe sogar früher einmal einen Antrag auf Einstellung amtlicher Stenographen stellen wollen, um der Presse entgegen zu kommen.

Stadtbaurat Genzmer erkannte an, daß die Berichterstatter unter den jetzigen Verhältnissen noch dieselben Beschwerden haben und es bestreit werden müsse, diese Klagen zu beseitigen.

Stadtv. Krüger wies darauf hin, daß seit Bestehen des Ratskellers die Klagen vorhanden sind, dagegen die patriarchalischen Verhältnisse im alten Sitzungssaale als lobenswert erscheinen müssen. Damals befanden sich nicht die Vertreter der Presse unter der Decke, sondern unten im Saale bei den Stadtverordneten. Redner beantragte, das alte Verhältnis wieder herzustellen und den Magistrat zu ersuchen, den Preßvertretern einen Platz unten im Saale anzuweisen. Der Bedeutung der Stadtverordneten thut das jedenfalls keinen Abbruch. Dem Kollegium würde es auch nicht zur Ehre gereichen, wenn die Berichterstatter da oben so und so viele Jahre früher um den Besitz ihres edelsten Gutes, des Augenlichts, gebracht würden. Die Temperatur, die da oben bedeutend höher ist, sei für die Vertreter der Presse zuweilen unerträglich. Unter solchen Verhältnissen könne keine korrekte Arbeit geliefert werden. Man möge der Presse, die ein Mitteglied zwischen Kollegium und Bürgerschaft sei, den Platz einräumen, den sie verdient.

Der Vorsteher bezweifelt, daß unten im Saale genügend Platz für die Vertreter der Presse sei, sonst würde er sofort, wie Stadtv. Krüger empfehle, die Herren herunterzubringen. Die Frage, welches dem eigentlich die Hauptpersonen seien, scheide bei ihm vollständig aus. Jedenfalls sei es keine Art Hochmut gewesen, daß man den Preßvertretern seiner Zeit unten keinen Platz im Saale einräumte. Der Saal sei wunderschön, aber es sei ein unglückliches Zusammentreffen, daß die Wünsche der Presse nicht erfüllt werden können. Man hätte früher bei dem Bau daran denken müssen. Stadtv. Richter wendet sich gegen den Stadtv. Reck mit dem Hinweise, es habe ihm ferngelegen, Herrn Reck etwas zu unterschieben. Der Antrag Krüger wurde schließlich mit großer Majorität abgelehnt.

16. Der Antrag wegen des Wahllokals zur Stadtverordnetenwahl im 3. Bezirk der dritten Abteilung wurde vom Stadtv. Gerig begründet. Der Vorschlag des Dr. Keil, die Wahl in einer Schule vorzunehmen, sei nicht acceptabel. Die Schule sei doch kein öffentliches Lokal und was man in der Zeit mit dem Schulunterricht beginnen wolle, erscheine ihm unerklärlich. Bei der letzten Wahl sei schon über Unregelmäßigkeiten geklagt worden, in einer Schule könnte die zu erwartende Aufregung noch zu größeren Mißhelligkeiten führen. Er beantrage, die Wahl im Glauchaischen Schützenhause stattfinden zu lassen.

Oberbürgermeister Staude erklärt, der Magistrat sei der Lokalfrage schon näher getreten, und er werde schon für ein geeignetes Lokal Sorge tragen; man möge dem Magistrat aber nicht durch Annahme des Antrages die Hände binden. — Stadtv. Emmer hat gehört, daß geplant war, die Wahl in der Herberge zur Heimat stattfinden zu lassen. Er wendet sich dagegen mit dem Hinweise, daß sich solches Lokal gar nicht dazu eigne. Der Antrag Gerig wurde schließlich abgelehnt. Stadtv. Emmer verlangt vom Magistrat, er möge die Ausschreibung der Wahl unverzüglich vornehmen, damit möglichst bald alle Sitze im Kollegium besetzt sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020108-10/fragment/page=0005

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 7. Januar.

Die Einführung der neugewählten Stadtverordneten erfolgte gestern bei Beginn der Stadtverordnetensitzung. Infolge der Ungiltigkeitserklärung der Wahl im 3. Bezirk befand sich von unserer Partei unter den Einzuführenden nur der Genosse Osterburg, der in H.-Giebichenstein auf weitere sechs Jahre gewählt ist. Herr Oberbürgermeister Staude sprach bei dem Akte von der großen Verantwortung des Kollegiums, die infolge Eingemeindung der Vororte noch gestiegen sei. Wir lassen die Verantwortung gelten, dehnen sie aber in viel größerem Umfange auf den Magistrat aus. Dieser hat im abgelaufenen Jahre durch die Verweigerung seiner Zustimmung zu der Brotwucherpetition des Kollegiums, durch den Stadtratstreik und viele andere Dinge erwiesen, daß er seine Verantwortlichkeit wesentlich anders auffaßt, als das Kollegium und die Bürgerschaft. Der Vorsitzende des Magistrats, der Herr Oberbürgermeister Staude, war es auch, welcher die bekannte Lattcherrede gehalten und auf die entsprechende Interpellationen der sozialdemokratischen Stadtverordneten stolz erhobenen Hauptes erklärte, daß er den Kampf gegen die Sozialdemokratie als seine Hauptaufgabe betrachte. Wir meinen, ein sich seiner Verantwortlichkeit voll bewußter erster Leiter eines großstädtischen Gemeinwesens muß die Verantwortlichkeit der eigenen Person ganz anders einschätzen, als es diese Aeußerungen verraten. An dem Verantwortlichkeitsgefühl des Kollegiums wird es auch im neuen Jahre jedenfalls weniger fehlen, als an dem des Magistrats.

Ueber den Wahltermin

der Ersatzwahl im Glauchaischen Bezirk hat sich der Herr Oberbürgermeister Staude nicht geäußert. Die Gelegenheit, die ihm dazu durch den Antrag der Sozialdemokraten, das Schulgebäude als Wahllokal nicht zu benützen, gegeben war, ließ er außer acht. Jedenfalls wollte er nicht den Anschein erwecken, als hätte die Anfrage des Stadtverordneten Emmer irgend welchen Einfluß auf die Festsetzung des Wahltermins. Nun, die Arbeiterschaft wird sicher, unbeachtet, ob die Wahl in der nächsten Zeit oder später stattfindet, für die Wiederwahl der Genossen Krüger und Thiele sorgen. Den Erfolg hat schließlich der Antrag unserer Genossen doch gehabt, daß die Schule im Glauchaer Bezirk als Lokal nicht benutzt wird.

Mehr Polizei und mehr Steuern

wurden uns durch die gestrige Stadtverordnetensitzung angekündigt. Ersteres stand als 9. Punkt auf der Tagesordnung, letzteres prophezeite in seiner Einführungsrede der Herr Oberbürgermeister. Wir können sicher sein, daß wir alles beides bekommen werden. Die Errichtung eines sogen. Gewerbekommissariats veranlaßte auch unsere Genossen, dem 2. Punkt der Magistratsvorlage zuzustimmen. Auch wir versprechen uns von der Vereinigung der Aufsicht über die gewerblichen Etablissements und der Ueberwachung der Einhaltung der Sonntagsruhe bessere Ausführung der polizeilichen Obliegenheiten, als unter dem bisherigen Systeme. Und daß in diesem Punkte bisher viel zu wenig geschah, beweist die geringe Anzahl der Anzeigen gegen Unternehmer, die sich Verfehlungen gegen die Arbeiterschutzgesetze zu schulden kommen ließen, gegen die massenhaften polizeilichen Anklagen beim Maurerstreik. Wäre hier die Polizei so rücksichtsvoll vorgegangen, wie gegen die Unternehmer, dann hätte der Maurerstreik möglicherweise ein anderes Ende genommen. Nicht zustimmen konnten unsere Genossen der Vermehrung der Polizisten. Wir sind keineswegs für größere Arbeitsbelastung der Schutzmannschaft, wir verlangen nur eine gerechtere Verteilung dieser Arbeiten. Warum hat man wochenlang die völlig überflüssige Bewachung der Wohnung des Herrn Oberbürgermeisters verfügt und dadurch die Arbeitskraft eines Schutzmanns brach gelegt? Warum überwacht man die kleinste gewerkschaftliche Versammlung? Warum stellt man bei Streiks den Unternehmern regelmäßig die Polizei zur Verfügung? Diese Verschwendung der Arbeitskraft der Schutzleute muß natürlich zur Forderung weiterer Anstellungen führen. Man nehme eine zweckmäßige Einteilung vor und unsere Schutzmannschaft reicht völlig zu. — — —

Neue Einnahmen braucht unser Stadtsäckel und mehr Steuern verlangt deshalb unser Oberbürgermeister. Wir wissen nicht, ob Herr Staude sich vorher mit seinem Kollegen von Holly besprochen hat, ehe er diese seine Ankündigung unternahm, und welche Perspektive ihm unser kommunaler Finanzminister eröffnete. Denn es ist doch zu auffällig, daß Herr v. Holly vor ca. 10 Wochen auf die Aeußerung der Presse, daß ein Steuerzuschlag kommen werde, entrüstet antwortete, das sei Schwarzmalerei. Unsere Finanzlage sei eine ganz gute und wir brauchten wegen der städtischen Finanzen uns keine Sorgen zu machen. Jetzt auf einmal muß das Stadtoberhaupt erklären, daß die Presse die Situation viel besser erfaßt hat, daß wir also mehr Geld haben müssen. Wir werden uns darüber noch des öfteren unterhalten, heute möchten wir nur darauf aufmerksam machen, daß die bewilligten 70000 M. zur Denkmalseinweihung den Weg zeigen, der eingeschlagen werden muß, um Ersparnisse am richtigen Orte zu machen.

Konsumvereine und Großeinkaufs-Genossenschaft.

In den hiesigen Konsumvereinen wird zur Zeit lebhaft die Frage erörtert, ob der Anschluß an die Großeinkaufs-Genossenschaft in Hamburg zu empfehlen sei. Die Frage ist ohne weiteres zu bejahen und zwar aus folgendem Grunde. Sahen ursprünglich die Konsumvereine ihre Aufgabe darin, ihren Mitgliedern als Konsumenten möglichst billig die Waren zu beschaffen durch Ausschaltung des Krämerprofits, und waren die Konsumvereine von ihren fortschrittlichen Gründern in der That nur auf diesen Rahmen zugeschnitten, so haben sich die Ziele des Konsumvereinswesens erheblich erweitert, seit das klassenbewußte Proletariat sich seiner bemächtigt hat. Die Erlangung einer hohen Dividende ist nicht mehr das einzige, ja nicht einmal mehr das erste Ziel der Konsumvereine. Dieselben legen vielmehr neuerdings mit größtem Rechte den Hauptwert mit darauf, zur Selbstproduktion überzugehen, oder wo das nicht möglich ist, nur von solchen Unternehmern ihre Waren zu beziehen, die in ihren Fabriken die Arbeiterforderungen erfüllen. Stellt ein einzelner Konsumverein z. B. an eine Mühle die Bedingung, sie müsse die gewerkschaftlichen Forderungen ihrer Arbeiter bewilligen, ehe ihr ein Auftrag erteilt werde, so wird die Mühle lieber auf den Auftrag verzichten, als daß sie die Arbeiterforderungen bewilligt. Schließen sich aber die Konsumvereine zusammen, so daß ihre gemeinsamen Aufträge in die Millionen gehen, dann wird jeder Unternehmer lieber die Forderungen der Arbeiter erfüllen, als daß er einen so sicheren und zahlungsfähigen Kunden gehen läßt. In England sind bekanntlich die zu einer Großeinkaufs-Genossenschaft zusammengeschlossenen Konsumvereine längst schon und in hohem Maße zur Selbstproduktion übergegangen. Sie haben ihre eigenen Bäckereien, Fleischereien, Webereien, Spinnereien, Schuhfabriken, große Mustervorrätten für Herstellung von Kleidern, ja sogar ihre eigenen großen Meiereien, in denen Butter und Käse hergestellt und Geflügelzucht getrieben wird. Erst wenn die Konsumvereine in der Einflußnahme auf die Produktion ihre Hauptaufgabe erblicken, werden sie ein sozial-politisch wichtiger Faktor in der Arbeiterbewegung. Und da die Großeinkaufs-Genossenschaft in Hamburg nach dieser Richtung bahnbrechend sein wird, ist der Anschluß möglich vieler Konsumvereine von selbst geboten, zumal die Großeinkaufs-Genossenschaft nicht nur die eingeschossenen Kapitalien mit 5 Proz. verzinst, sondern außerdem noch 1/2 Prozent auf die durch sie bezogenen Waren vergütet.

---

* **Der Gastwirt Edel** hat in Torgau das Restaurant Grüner Hain übernommen, nachdem das bisherige Lokal, das er bewirtschaftete, das Neue Theater, pachtweise dem Theaterdirektor Mauthner überlassen worden ist. Edel hat, als er das Neue Theater noch besaß, verschiedenfach Versuche gemacht, dieses von der Arbeiterschaft bei Vergnügungen stark frequentierte Lokal uns zu entziehen, indes gelang es uns immer wieder, die Hergabe des Saales zu politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen zu erzwingen. Die Verhältnisse waren eben stärker als Herr Edel. Ob er deshalb das Neue Theater abgab, wissen wir nicht. Möglich ist es, daß die Brauerei den Vertrag mit Herrn Mauthner als ein glänzenderes Geschäft ansah.

* **Der Bergarbeiter Wilsdorf,** welcher in der Grube Karl Ernst verunglückte, ist im Bergmannstrost gestorben.

* **Feuer in einem Pferdestall.** Gestern abend zwischen 8 und 9 Uhr drang aus dem Pferdestall des Händlers Trappiil in der Beesenerstraße Rauch. Ein Pferd, eine Ziege und ein Kaninchen waren bereits erstickt. Trappiil war nicht zu Hause. Das Feuer blieb auf den Stall beschränkt. Wäre es später ausgebrochen, dann hätte für das dicht bewohnte Haus große Gefahr bestanden.

* **Anmeldungen zur Stammrolle.** Der Zivilvorsitzende der Ersatzkommission erläßt nachstehende Bekanntmachung: Nach den Bestimmungen der Wehrordnung haben sich die Militärpflichtigen in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar zur Aufnahme in die Stammrolle anzumelden und diese Meldung alljährlich zu wiederholen, bis eine endgiltige Entscheidung über ihr Militärverhältnis getroffen worden ist. Die im Jahre 1882 in Halle a. S. und in den eingemeindeten Vororten geborenen Militärpflichtigen brauchen zur Anmeldung keinen Geburtsschein, dagegen haben diejenigen die 1882 in anderen Ortschaften geborenen Militärpflichtigen einen Geburtsschein vom Standesamte (nicht vom Pfarramt), diejenigen der älteren Jahrgänge die letzte Vorladung bezw. zugezogene den Losungsschein vorzulegen. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Geburtsscheine zu Militärzwecken von den Standes-Aemtern kostenfrei ausgefertigt werden; dagegen sind die von den Pfarrämtern ausgestellten Taufscheine 2c. zu dem genannten Zwecke ungiltig.

Die Anmeldungen haben im Militärbureau, Schmeerstraße Nr. 1 II, Zimmer Nr. 12, vormittags von 9—1 und nachmittags von 3—5 Uhr zu erfolgen, und zwar:

Mittwoch, den 15. Januar, Jahrgang 1879 und event. ältere und vom Jahrgang 1880 diejenigen, deren Familiennamen mit dem Buchstaben A—H,							
Donnerstag, d. 16. Jan., v. Jahrg.	1880	m.	Buchst.	J—O	und		
Freitag, „ 17. „ „ „	1880	„	„	R—Z			
Sonnabend, „ 18. „ „ „	1881	„	„	A—H			
Montag, „ 20. „ „ „	1881	„	„	J—O			
Dienstag, „ 21. „ „ „	1881	„	„	P—S	und		
Mittwoch, „ 22. „ „ „	1881	„	„	T—Z			
Donnerstag, „ 23. „ „ „	1882	„	„	A—D			
Freitag, „ 24. „ „ „	1882	„	„	E—G			
Sonnabend, „ 25. „ „ „	1882	„	„	H—K			
Dienstag, „ 28. „ „ „	1882	„	„	L—O			
Mittwoch, „ 29. „ „ „	1882	„	„	R u. S			
Donnerstag, „ 30. „ „ „	1882	„	„	T-Z beginnen.			

Wer die vorgeschriebene Anmeldung unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

* **Neue deutsche Postkarte.** Die Form der Postkarten wird eine abermalige Aenderung erfahren. Bei den neuerdings in größerer Zahl eingeführten Stempelmaschinen kommt der Ortsstempel nahezu in die Mitte des oberen Randes der Briefe und Karten zu stehen. Er trifft dort auf den Postkarten den Vordruck „Deutsche Reichspost Postkarte," wodurch seine Deutlichkeit sehr beeinträchtigt wird. Um die Lesbarkeit des Ortsstempels unter allen Umständen zu gewährleisten, wurde vor kurzem vom Reichs-Postamt angeordnet, daß der Vordruck in die linke obere Ecke der Karte zu stehen kommt. Diese Maßregel gelangt zur Ausführung, sobald der jetzige Vorrat an Karten abgelegt oder außer Kurs gesetzt sein wird. Sie muß also spätestens mit der Einführung der Einheitsmarken und Karten am 1. April in Geltung kommen. Der Vordruck „Deutsche Reichspost" wird bei den gemeinsamen Marken für das Reichspostgebiet und Württemberg bekanntlich in die Worte „Deutsches Reich" abgeändert. Bei den Postkarten wird die Aenderung nach einer neuen Anordnung der Postverwaltung ganz vermieden. Die Karten sollen lediglich den Vordruck „Postkarte" in der oberen linken Ecke erhalten. Die Bezeichnung „Deutsche Reichspost" oder „Deutsches Reich" fällt ganz weg.

* **Welt-Panorama.** (Gr. Ulrichstr. 61.) Der Garda-See mit seiner landschaftlich prachtvollen Umgebung, der Strambino-, der Caldonazzo- und der Loppio-See, sowie eine große Anzahl an diesen Seen und in den herrlichen Bergen malerisch schön gelegener Städte und Oertchen mit ihren eigentümlichen Kastells und Schlössern, Türmen und Thoren bilden die gegenwärtig ausgestellte Sammlung an hochinteressanten Aufnahmen aus Welsch-Tirol und Ober-Italien. — Nächste Woche: Savoyen.

* **Stadttheater.** In der morgigen Hugenotten-Aufführung singt außer Frl. Lisbeth Stoll noch eine Sängerin auf Engagement, nämlich die Koloratursängerin Frl. Toni Letee in der Partie der Margarete von Valois. Frl. Stoll singt die Valentine. Beide Damen sind für nächste Spielzeit in Aussicht genommen. Das Repertoir hat durch diese Gastspiele eine weitere Aenderung erfahren. Am Donnerstag bleibt die Repetition der Oper Das Streichholzmädel und des Schwankes Sein Doppelgänger, während am Freitag mit Frl. Letee als Gast Nicolais Oper Die lustigen Weiber von Windsor in Szene geht. Frl. Letee singt die Partie der Frau Fluth.

---

o. **Zeitz.** Aenderung. Die Grundstücke Fabrikstr. 24, 25, 26 und 27 führen jetzt die Bezeichnung Trögliterstraße 11, 12, 13 und 14.

g. **Weißenfels.** Mitte Dezember hielt der im Jahre 1900 gegründete Rabattverein seine erste Generalversammlung ab. Der Mitgliederstand war von 40 auf 170 gestiegen; der Gesamt-Umsatz betrug 50767 Mk. und der Gewinn 4184.85 Mk., wovon 391.78 Mk. für Verwaltungskosten abgehen. Es gelangten 7.3 Prozent zur Auszahlung. Die bisherige Verwaltung wurde wiedergewählt. — (So wenig unsere Redaktion es als ihre Aufgabe betrachten kann, ohne triftigen Grund in die lokalen Verhältnisse einzelner Orte einzugreifen, so erscheint uns das doch im vorliegenden Falle notwendig. Die Weißenfelser Arbeiter haben sich einen Konsumverein gegründet, der trotz schwieriger Verhältnisse rüstig vorwärts schreitet. Welchen Sinn hat es da, noch außerdem einen Rabattverein bestehen zu lassen. Rabattvereine sind ohnehin eine durchaus unnütze, unter Umständen sogar bedenkliche sozialpolitische Spielerei. Sie können vielleicht in solchen Orten als Notbehelf dienen, in welchen die Gründung eines Arbeiter-Konsumvereins noch nicht möglich ist; sie haben aber jede Existenzberechtigung verloren, wenn ein solcher Konsumverein besteht, und sie werden direkt zum Hemmschuh, wenn sie sich neben dem Konsumverein behaupten wollen. Keine einzige der weiteren Aufgaben der Konsumvereine: Einflußnahme auf die Produktion, Emanzipierung vom überflüssigen Zwischenhandel, Schaffung von Zentren, in denen die Arbeiterforderungen in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse durchgeführt werden, Uebergang zur Eigenproduktion — alle diese weiteren Aufgaben der Konsumvereine sind den Rabattvereinen unlösbar. Darum muß gewünscht werden, daß auch in Weißenfels ein Modus gefunden wird zur Verschmelzung des Rabattvereins mit dem Konsumverein. Wer infolge persönlicher Vorurteile oder aus irgend welchem Aerger einer Maßnahme widerstrebt, die zur Stärkung der Arbeiterklasse erforderlich ist, der erweist sich dadurch als unecht. Red. d. Volksbl.)

p. **Zipsendorf.** Unsere Toten. Am 1. Januar 1902 hat die Zahlstelle des Sozialdemokratischen Vereins einen Kranz am Grabe ihres verstorbenen Genossen und Vorkämpfers Edwin Winter zum unvergeßlichen Andenken niedergelegt.

p. **Zipsendorf.** Sozialdemokratischer Verein. Kommenden Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr findet die Vereinsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins im Jahrschen Gasthofe statt. Nach der Versammlung folgt Abrechnung sowie Einziehung und Ausgabe der Sammellisten. Die Genossen werden ersucht sich recht zahlreich zu beteiligen.

s. **Bitterfeld.** Falsche Zwanzigmarkstücke soll eine Frau aus Leipzig vertrieben haben, die man hier verhaftete. Man fand bei ihr einige Falsifikate. Die Zahl der in Verkehr gebrachten Zwanzigmarkstücke soll eine ziemlich hohe sein.

ü. **Delitzsch.** Eine eigentümliche Erscheinung auf dem Gebiete der Berufswahl kann man hier heute noch beobachten, die aber vor 20 Jahren noch stärker war. Alljährlich nach Weihnachten wandert ein großer Teil der Volksschüler, Jungen und Mädchen, die Ostern die Schule verlassen, mit der Gesindevermieterin hinaus aufs Dorf, um sich als Hofjunge oder Kleinmagd zu vermieten. Während derselben Zeit kommen die Kleinbauern und bessergestellten Tagelöhner in die Stadt, um eine Lehrstelle für ihre Jungen fest zu machen. Es ist heute noch Thatsache, daß der größte Teil der hiesigen Lehrburschen vom Dorfe sind, während die Notleidenden ihren Gesindenachwuchs aus der Stadt holen.

Das ist vom kulturellen Standpunkt aus zu beklagen, wenn ein großer Teil der Delitzscher Arbeiterschaft ihre Kinder keinem besseren und freieren Berufe zuführt. Das geringe Einkommen der hiesigen Handarbeiter, Zigarrenmacher und anderen Berufe war von jeher die Ursache, wenn kinderreiche Familienväter sich gezwungen sahen, ihre Kinder aufs Dorf zu vermieten, wo doch vielleicht mancher geweckte Junge in einem Handwerksberufe etwas Tüchtiges hätte werden können. Andererseits trachten die Kleinbauern und Tagelöhner, ihre Kinder in einen besseren Stand zu bringen, als es der Dienst beim Großbauer sein mag. Es ist dies ein Beweis dafür, daß die Lage und Behandlung der ländlichen Arbeiter nicht zu der besten gehört, sonst würden die Landleute ihre Kinder lieber auf dem Dorfe lassen und nicht nach der Stadt in die Lehre schicken, was doch immer mit größeren Geldopfern verbunden ist.

Hierbei ist noch zu bemerken, daß das Vermieten resp. das Mietsverhältnis am besten durch einen Mietskontrakt geregelt wird. In einem derartigen Kontrakte muß alles festgelegt sein, damit die jungen Leute nicht ganz und gar der Willkür der Bauern ausgeliefert sind; z. B. der Lohn, die freien Tage, daß der Bauer im Krankheitsfalle für ärztliche Behandlung zu sorgen hat, daß Schlagen und Mißhandeln ein Grund zur sofortigen Lösung des Dienstverhältnisses ist und anderes mehr. Nach den Gewohnheiten mancher Grundbesitzer, die in dem Arbeiter noch den Leibeigenen erblicken, ist es notwendig, daß auch erwachsene Knechte, Mägde und Tagelöhner vorsichtig bei der Abfassung ihres Dienstkontraktes sind, wie folgendes Vorkommnis beweist: Auf dem benachbarten Dorfe B. diente ein Großknecht bei einem der größten Bauern. In seinem Kontrakte hatte sich der Knecht ein Quantum Kartoffeln, Korn, Stroh u. a. ausbedungen, lieferbar „nach der Ernte", wie es wörtlich im Kontrakte heißt. In der Regel ist darunter das Erntefest zu verstehen, was auch sonst so gehandhabt wird. Unser Agrarier aber sagte: Das ist bei mir anders, da kommen erst noch die Kartoffel-, die Zuckerrüben- und die Krauternte und dann kannst Du deinen Lohn bekommen, also vielleicht im Januar. Das war dem Knecht doch zu stark. Er erkundigte sich beim hiesigen Gewerkschaftskartell, welches ihm verschiedene Ratschläge gab.

Staßfurt. Der Kaiser und die Hinterbliebenen der bei der letzten Katastrophe Verunglückten. Ein kaiserliches Gedenkblatt, welches durch den Maler Professor Knackfuß künstlerisch ausgeführt wurde, ist auf Anordnung des Monarchen auch den Hinterbliebenen jener 17 Bergleute übergeben worden, welche am 11. November v. J. bei der Grubenkatastrophe auf dem Salzbergwerk Ludwig II in Staßfurt verunglückten. Berghauptmann Dr. Fürst überreichte die Widmungen.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

Infolge der starken Regengüsse ist in Thüringen Hochwasser eingetreten. Die Saale, Unstrut und ihre Nebenflüsse sind in rapidem Steigen begriffen. — Bei einem Stubenbrande in Eisleben waren die beiden Knaben des Arbeiters Koch in Gefahr zu ersticken. Die Eltern waren nicht zugegen, als das Feuer, jedenfalls durch das Herausfallen glühender Kohlen in den Kohlenkasten, entstand. Der Brand wurde noch rechtzeitig bemerkt und die betäubten Kinder konnten ins Leben zurückgerufen werden. — Von einem Zuge überfahren und getötet wurde bei Egeln der Superintendent a. D. Feiertag. — Einen Schuß in den Arm erhielt der Gastwirt Kämmerer in Engersleben, als er nach einigen geschossenen Hasen griff, ohne zu wissen, daß seines Sohnes geladenes Tesching auf denselben lag.

Die Kali-Industrie.

Anläßlich des 50jährigen Jubiläums des Salzbergbaues in der Provinz Sachsen, und zwar in den Kreisen Manzleben, Halberstadt, Aschersleben und Calbe, das in diesen Tagen festlich begangen wird, schreibt man der Magdeburger Volksstimme von sachverständiger Seite: Wir haben um so mehr Veranlassung, uns mit der Geschichte der Kali-Industrie etwas näher zu beschäftigen, als wir in derselben einen treuen Bundesgenossen und wirksamen Agitator, dem wir wesentliche Erfolge verdanken, zu erblicken haben. Im Wahlkreise Calbe-Aschersleben, dem Zentrum dieser Industrie, schulden wir das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen von 2,25 Prozent im Jahre 1871 auf 49,53 Prozent im Jahre 1898 (Hauptwahl) zum großen Teile ihrer revolutionären Wirksamkeit.

Der Geburtsort der Kali-Industrie und der Sitz des Kali-Syndikats ist Staßfurt. Schon in alten Zeiten war Staßfurt als eine Produktionsstätte von Kochsalz bekannt. Hier strömten stark salzhaltige Quellen aus dem Boden, und aus diesem Salzwasser, der sogenannten Sole, wurde das Salz durch Verdampfen des Wassers in großen Pfannen mittels Feuer gewonnen.

Als nach Verlauf von Jahrhunderten infolge der Bevölkerungszunahme die preußischen Salinen den Bedarf an Kochsalz nicht mehr deckten und die Gewinnung des Salzes aus der armen Sole nicht mehr genügend rentabel erschien, faßte die preußische Regierung den Entschluß, das in Staßfurt vermutete Steinsalzlager zu erschließen. Man begann mit dem Bohren 1839. Bei der damals noch recht wenig entwickelten Bohrtechnik dauerte es bis zum Jahre 1843, ehe man in einer Tiefe von 256 Meter auf Salz stieß. Man bohrte noch 325 Meter weiter, ohne das Liegende (das unter dem Salz liegende Gestein) zu erreichen, ein Beweis von der Mächtigkeit des Salzlagers. Zum allergrößten Erstaunen hatte man jedoch bemerkt, daß die aus der Tiefe geholte Sole nicht wie sonst gesättigte Sole 27 Prozent Chlornatrium (Kochsalz) enthielt, sondern nur 16 Prozent, und außerdem 13 Prozent Chlormagnesium.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020108-10/fragment/page=0006

Es lag da unten also kein Steinsalz, sondern ein unreines Salz, das nicht zu verwenden war. Demgegenüber stand aber die Thatsache, daß man beim Bohren kleinere Stücke reinen Steinsalzes (Chlornatrium) heraufgeholt hatte.

Nach langem Untersuchen entschloß sich die Regierung zur Anlage eines Schachtes. Das Anhauen (der erste Spatenstich) des Schachtes fand am 4. Dezember 1851 statt, und nach diesem Tage bemessen, sollte am 4. Dezember 1901 das fünfzigjährige Jubiläum auf den fiskalischen Werken in Staßfurt gefeiert werden. Die Feier ist jedoch wegen der am 11. November 1901 über das benachbarte Privatwerk Ludwig II. hereingebrochenen Katastrophe, deren letzte vier Opfer erst am 3. Dezember der Tiefe entrissen werden konnten, verschoben worden und fand nunmehr am 3. und 4. Januar 1902 statt. — Ein zweiter Schacht wurde dicht bei dem ersten im Januar 1852 begonnen, und beide Schächte wurden im Jahre 1857 als ein Bergwerk in Betrieb gesetzt.

Bei dem Schachtabteufen stellte sich heraus, daß über dem Steinsalz eine Schicht Kali- und Magnesia-Salze lagerte. Man konnte sie nicht verwenden und räumte sie ab, daher ihr Name „Abraum-Salze". Heut ist man klar über die Naturnotwendigkeit, mit der diese Reihenfolge der Salzablagerungen stattfinden mußte. Zwar streiten sich die Gelehrten noch herum, ob die Salzlager eruptiven oder sedimentären Ursprungs sind, vermutlich indes sind sie beides. Es werden wohl Salzlager durch Revolutionen im Erdinnern emporgehoben sein und haben zur Anreicherung des Meerwassers mit Salz beigetragen, dann aber hat sich wiederum bei Eintritt gewisser Umstände das Salz aus dem Wasser niedergeschlagen. Das letztere ist für Staßfurt so gut als erwiesen. Die Niederschlagung hat eine Reihe von Jahrtausenden zu ihrer Vollendung gebraucht. Nach der Theorie von Ochsenius hat damals bei sehr heißem Klima eine weite Meeresbucht bestanden, begrenzt vom Teutoburger Wald, dem Harz, den sächsischen Gebirgen usw. Diese Bucht hat geringe Süßwasserzuflüsse gehabt und ist im Nordwesten von einer unter dem Wasserspiegel liegenden, von der Porta westphalica nach Helgoland sich erstreckenden Barre vom Weltmeer getrennt gewesen. Die hereinströmende Flut reicherte das Wasser in der Bucht salinisch an, eine Rückströmung unter der Oberfläche war wegen der vorliegenden Barre nicht möglich, das heiße Klima beförderte die Verdunstung, also die Befreiung vom Wasser, bis dieses so stark salzhaltig war, daß Niederschläge erfolgen mußten. Selbstverständlich schlagen sich zuerst diejenigen Stoffe nieder, die im Wasser schwer löslich sind, also Gips, dann Steinsalz (mit Gips), Anhydrit, Polyphalit, Kieserit, Carnallit (das eigentliche Kochsalz), bis schließlich gewaltige Stürme das in Staub verwandelte Gestein vom Lande her über das Salzlager hinwegführten. Dieser Staub bildete zusammen mit der obersten Schicht des Salzlagers den wasserundurchlässigen Salzthon, der das ganze Salzlager bei den nachher noch eingetretenen Ueberflutungen vor Auflösung schützte. Später ist zweifelsohne das Salzlager wieder überflutet worden; an tiefer gelegenen Stellen haben sich Wasserbecken gebildet, die von neuem Anlaß zur Niederschlagung von Steinsalz gegeben haben, das also über dem Kalisalz lagert, und das man „jüngeres Steinsalz" nennt.

Als man in den 70er Jahren an anderen Stellen nach Kalisalz suchte, stieß man z. B. auf dem heutigen Bergwerk Ludwig II. entgegen der bisherigen Erfahrung zuerst auf dieses jüngere Steinsalz und gab daher die Hoffnung auf, Kalisalz zu finden, bis man nachher die Entdeckung machte, daß das aufgefundene Steinsalz eben „jüngeres" sei, unter dem sich ja dann auch die Kalisalze und darunter das „ältere Steinsalz" fanden.

Ein ähnlicher Niederschlagsprozeß vollzieht sich zu unserer Zeit im toten Meere, dessen Gehalt an Chlornatrium bereits als Steinsalz niedergeschlagen ist und das im Wasser gelöst nur noch die Mutterlaugensalze (Kali und Magnesia) enthält.

So horizontal, wie das Salz sich abgesetzt hat, liegt es aber heutzutage nicht mehr überall. Erdrevolutionen haben es stellenweise gehoben, und so kommt es, daß das Salz in Bernburg fast noch vollkommen horizontal lagert, in Staßfurt jedoch in der Mitte aufgerichtet ist und nach beiden Seiten abfällt, wie ein Dach oder Sattel. In Westeregeln aber stehen die beiden Flügel desselben Sattels nahezu senkrecht. Man ermesse den ungeheuren Reichtum an Salz, wenn allein dieses eine Flöz von Bernburg bis Westeregeln in einer Längenausdehnung von ca. 40 Kilometer und einer Flächenausdehnung von ca. 280 Quadratkilometer bei einer Mächtigkeit (Dicke) von stellenweise weit über 1000 Meter sich erstreckt. Das weitaus meiste davon ist allerdings Steinsalz, für das man nur zum geringsten Teile gewinnbringende Verwendung hat. Zum Zwecke der Gewinnung von Steinsalz, wie das erste preußische und erste anhaltische Salzberg ist die große Zahl der übrigen seitdem entstandenen Werke überhaupt nicht mehr angelegt, sondern zur Gewinnung der zuerst weggeworfenen hinderlichen Abraumsalze, der Kalisalze, die in einer Mächtigkeit von 25 bis 50 Metern lagern und die Grundlage abgegeben haben zur Entstehung einer Industrie, deren Entwickelung seit nunmehr 40 Jahren eine geradezu phänomenale ist.

Soziales.

— **An Erheiterung** fehlt es auch auf dem trockenen Gebiete der Sozialpolitik nicht. Während alle Welt sich den Kopf zerbricht, wie das Wohnungselend zu beseitigen ist, den Bau von kleinen Wohnungen fördert, hat das Bürgermeisteramt der badischen Kreishauptstadt Mosbach eine Bauprämie ausgeschrieben für Bau-Unternehmer, welche in Mosbach Wohnungen von je mindestens 6 Zimmern herstellen. Dieselben sollen eine Prämie von 5 Prozent des Bau-Aufwandes erhalten. Wo thut man Aehnliches zur Steuer der Not an kleinen Wohnungen? Aber für die Wohlhabenden und Reichen, die Wohnungen von 6 und mehr Zimmer brauchen, die jedoch in Mosbach nicht selbst bauen wollen, hat die Gemeinde Geld zu solchem Opfer!

— **Auf 100 offene Stellen** kamen im November 1901 nach der Statistik des Berliner Zentralvereins für Arbeitsnachweis **214 Arbeitsuchende.** Im Oktober waren es nur 160.

Parteinachrichten.

— **Der französische Sozialismus unter dem Ministerium Waldeck-Rousseau.** Dem französischen Sozialismus brachte die Fortdauer bezw. die Rückwärtsentwicklung des Ministeriums, je nachdem man die Sache betrachtet, großen Schaden und großen Nutzen. Schaden, indem sie im abgelaufenen Jahre, auf dem Lyoner Kongreß, zur vollendeten Spaltung zwischen den streitenden Lagern geführt hat. Nutzen, indem sie das ministerialistische Experiment mit der Wucht handgreiflicher Thatsachen ad absurdum geführt hat. Man darf nunmehr sagen, daß diejenigen, die durch die Millerandsche Ministerschaft noch immer nicht eines Besseren belehrt worden sind, jedes Verständnis für den proletarischen Befreiungskampf verloren haben. Das vom Generalkomitee angeordnete Referendum über Millerand, trotzdem der Lyoner Kongreß den Handelsminister „außerhalb der Parteikontrolle" gestellt hat, zeugt von dem tiefen Bedürfnis des sozialistischen Gewissens, mit dem Ministerialismus gründliche Abrechnung zu halten. Hierher gehören auch das Tadelsvotum und die weiteren event. Beschlüsse des Komitees gegen die nichts-als-ministeriellen sozialistischen Abgeordneten, die die Chinaexpeditionstruppen „beglückwünscht" haben. Die Ministerialisten bilden nun im Generalkomitee eine winzige und einflußlose Minderheit.

Damit aber ist — wenigstens objektiv — der Weg geebnet zu einer Verständigung mit dem anderen sozialistischen Lager, den Guesdisten und Blanquisten, die sich inzwischen im November, von einigen provisorischen Uebergangsbestimmungen abgesehen, zur Sozialistischen Partei Frankreichs (Revolutionär-Sozialistische Einigkeit) geeinigt haben. Und zwar geht der Verschmelzungsprozeß der beiden Sonderorganisationen in den einzelnen Departementen gedeihlich vor sich. Am bedeutsamsten ist die soeben zu stande gekommene Verschmelzung der guesdistischen und blanquistischen Sonderorganisationen zu einer einzigen Föderation im Departement Allier, einer Stätte langjähriger Fehde zwischen den beiden Richtungen.

Subjektiv genommen, sind freilich zur Zeit die zwei sozialistischen Parteien von einer Verständigung so entfernt, wie nur je. In den heranrückenden Kammerwahlen werden sie nicht nur getrennt, sondern auch vielfach in direkter Feindschaft gegeneinander kämpfen. Man kann daher nur die schüchterne Neujahrshoffnung ausdrücken, daß das Gesamtinteresse des französischen Sozialismus unter dem Bruderkrieg im Wahlkampf nicht allzu hart leiden möge.

— **Parteipresse.** In die Redaktion der Neuen Zeit ist der Parteigenosse Emanuel Wurm eingetreten.

Gewerkschaftliches.

Das Zentralkomitee der Gewerkschaft der Buchdrucker hat auf Freitag, den 31. Januar, eine Urabstimmung über folgenden, von der Bremer Mitgliedschaft gestellten Antrag ausgeschrieben: „Das Zentralkomitee wird beauftragt, an die Generalkommission mit dem Ersuchen heranzutreten, ob diese geneigt sei, auf Grundlage des Aufrufs des Verbandsvorstandes eine Einigung zwischen Verband und Gewerkschaft, von Organisation zu Organisation, in die Hand zu nehmen." Wir begreifen diese Annäherungsversuche nicht; wenn der Verband bereits früher alle derartigen Bestrebungen hohnlächelnd zurückgewiesen hat, sollte die Gewerkschaft sich hüten, sich eine weitere Niederlage zu bereiten.

Die Einigungskonferenz, die in Sachen des Anschlusses des Portefeuiller-Verbandes an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands am 30. Dezember im Gewerkschaftshause zu Frankfurt a. M. unter dem Vorsitz des Genossen Legien tagte, war von den Verbandsvorständen, den Ausschußvertretern des Buchbinder- und auch des Portefeuiller-Verbandes besucht. Der Verband der Sattler hatte zwei Offenbacher Kollegen mit seiner Vertretung betraut. Einen prinzipiellen Protest gegen die Angliederung des Portefeuiller-Verbandes erhob der Vorstand des Buchbinder-Verbandes nicht, sondern erklärte, seine Einwendungen zurückzuziehen, falls der Portefeuiller-Verband seine Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder nur unter den Portefeuillern der betreiben wolle. Die Vertreter des Sattler-Verbandes erklärten, daß sie keinen Grund einsähen, warum den Portefeuillern Anschluß an die Generalkommission verweigert werden solle, denn die Portefeuiller gehörten doch eher zu einem Lederindustrieverband als wie zu den graphischen Gewerben. In einem Memorandum des Buchbinder-Verbands-Vorsitzenden wird erklärt, daß die Vertreter des Buchbinder-Verbandes für die Zurückziehung ihres Protestes von dem Moment ab wirken wollen, wo der Portefeuiller-Verband sein Statut dahin ändert, daß nur noch Portefeuiller und Ledergalanteriearbeiter bei ihm Aufnahme finden, alle übrigen bis jetzt mit er bezogenen Branchen (in Betracht kommen hauptsächlich Papiergalanterie- und Etuisarbeiter) also in Zukunft keinen Anschluß mehr bei ihm finden sollen. Wenn der Portefeuiller-Verband sein Statut spätestens bis 1. Juli 1902 dahin abgeändert habe, soll seitens des Buchbinder-Verbandes die Agitation unter den Portefeuillern eingestellt und dementsprechende Abänderungen im Statut durch Urabstimmung oder Generalversammlung vorgenommen werden. Auch sollen im Falle einer Verständigung der beiden Organisationen auf der angegebenenen Grundlage bei Lohnbewegungen orientierende Mitteilungen ausgetauscht werden. Bei Streiks oder Aussperrungen verpflichten sich die beiden Verbände jedoch nur insoweit zur Beschaffung finanzieller Unterstützung, als Mitglieder des eignen Verbandes daran beteiligt sind. Sollte eine Einigung nicht zu stande kommen, so will der Buchbinder-Verband den Portefeuiller-Verband auch ferner als Konkurrenzorganisation betrachten und seine Maßnahme dementsprechend treffen. Diese Festsetzungen fanden allseitige Zustimmung. — Von seiten des Portefeuiller-Verbandes wird schon in aller Kürze durch Urabstimmung die gewünschte Statutenänderung zu bewirken gesucht werden.

Ausland.

Ungarn. Die ungarländischen Gewerkschaften hielten während der Weihnachtstage ihren zweiten Kongreß in Budapest ab. Aus Budapest selbst waren 41 Vereine mit 76 Delegierten, aus der Provinz 39 Vereine mit 65 Delegierten vertreten. Nach dem Bericht des Exekutivkomitees für die Fachorganisationen zählten 49 Vereine, die ihren Bericht einsandten, im Jahre 1899 6892 Mitglieder, im Jahre 1900 bereits 8222 Mitglieder. Unter den Fachvereinen ist der größte der der Budapester Buchdrucker, der allein 2279 Mitglieder zählt. Weiter erwähnt der Bericht, daß die Zahl der Arbeiter seit vorigem Jahr um 40 Prozent abgenommen, die Zahl der Mitglieder der Fachvereine sich aber trotzdem gehoben hat. In 19 Streiks hat das Exekutivkomitee mit 14117 Kronen eingegriffen, welchen Betrag die Fachvereine als Unterstützung gewährten. Den weiteren Berichten der Delegierten ist zu entnehmen, daß die Organisationen im Lande größere Fortschritte machen. Alle klagten jedoch über die schlechten Lohnverhältnisse im ganzen Lande. Der Kongreß forderte unter anderm: die obligatorische staatliche Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung ohne materielle Belastung der Arbeiter und beschäftigte sich weiter mit der Stellungnahme zu den ausländischen Verbänden. Als Genosse Grotzmann das Wort ergriff, um zu der Ausweisungsgeschichte des Abgeordneten Cabrini Stellung zu nehmen, verhinderte dies der anwesende Polizeikommissar. Der Kongreß protestierte einstimmig gegen diesen Akt der Polizeiwillkür. Mitglieder des Landes-Gewerkschaftsverbandes wurden gewählt. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und unter Absingen der Marseillaise wurde der Kongreß geschlossen.

Stadt-Theater.

Der fliegende Holländer, Oper von Wagner. Zu der gestrigen Aufführung darf man der Theaterdirektion sowohl wie dem Gaste, Frl. Stoll, gratulieren. Wir haben den fliegenden Holländer hier selten einmal so in allen Teilen vollendet herausbringen sehen, wir haben auch seit geraumer Zeit im Fach der hochdramatischen Sängerin eine so fähige Vertreterin nicht gehabt, wie Frl. Stoll es zu sein scheint. Die Stimme des Gastes ist zwar nicht allzu kräftig, dagegen melodiöser, weicher, als bei vielen ihrer Kolleginnen. Dazu kommt eine sympathische Erscheinung und gut entwickeltes schauspielerisches Können. Wir glauben nicht, daß mit dem Engagement des Frl. Stoll ein Fehlgriff gemacht wurde. Herr Fanta, der den Holländer sang, war prächtig bei Stimme, Herrn Brandes als Daland zu hören und zu sehen, war ein Vergnügen. Auch die Chöre hielten sich gut. *

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Halle a. S., 6. Januar 1902.

Versuchter Raub. Heute begann am hiesigen Landgericht die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Zacke, und die Anklagebehörde war vertreten durch Staatsanwalt Schlütter. Als erster Angeklagter — es stehen nur 2 Sachen zur Verhandlung an — wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt der 53jährige Kesselschmied Louis Otto Engelmann aus Bernburg in Anhalt. Der Angeklagte, nur gering wegen Bettelns vorbestraft, soll versucht haben, den Hausschlächter Karl Kaarbaum aus Zörbig auf der Landstraße von Quetz nach Zörbig gemeinschaftlich mit einer nicht ermittelten Person zu berauben. Weiter wurde er beschuldigt, den Kaarbaum mit einem dicken Knüppel gegen den Kopf geschlagen zu haben, und schließlich soll er sich im Jahre 1901 der sog. Landstreicherei schuldig gemacht haben. Der Ueberfallene, Fleischer Kaarbaum, 18 Jahre alt, stahm am vierten November in Quetz geschlachtet und ging etwa gegen 5 Uhr mit seinem Fleischerkoppel unter dem Rocke nach Zörbig. Unterwegs traf er mit zwei Handwerksburschen zusammen, mit denen er ein Stück Weges ging und denselben auf Befragen Auskunft über die Herbergsverhältnisse in Zörbig erteilte. In der Mitte zwischen Dölsdorf und Zörbig entfernten sich die beiden Reisenden von dem Fleischer. Der eine bog rechts und der andere links einen Fußweg ein. Als Kaarbaum aber eine Strecke gegangen war, wurde er plötzlich von einem aus dem Chausseegraben springenden Mann überfallen, der ihm von hinten die Hände festhielt und ihn mit einem Bindfaden zu fesseln versuchte. Der Ueberfallene setzte sich zur Wehr, wurde aber in demselben Augenblick noch von einem zweiten aus dem Graben springenden Mann angegriffen. Um den Fleischer einzuschüchtern, schrie dann der eine: „Kerl nur, ich schlage den Hund tot!" Durch das Herumzerren an dem Mantel, bekam der Fleischer schließlich die Hände frei und ergriff ein in seinem Koppel steckendes langes Fleischermesser, womit es ihm gelang, die beiden Burschen abzuwehren. Der eine Mann, in dem der Fleischer heute wie auch in einer früher stattgehabten Verhandlung mit Bestimmtheit den heutigen Angeklagten erkannte, habe dann einen starken Knüppel ergriffen und gerufen: „Jetzt kriegt er eins an den Kopf!" Darauf habe der Angeklagte ausgeholt, nach dem Gesicht gezielt, aber infolge einer Wendung in das Genick getroffen; erst dann hätten die Burschen die Flucht ergriffen.

Der Angeklagte, der noch an dem betreffenden Abend in einer Herberge in Zörbig festgenommen wurde, bestreitet mit aller Entschiedenheit, der Thater gewesen zu sein. Er behauptete, am betreffenden Tage gleich früh nach der Andacht aus einer Herberge von Halle weggegangen zu sein, von wo er über Niemberg und Bernburg nach Dessau gewollt, wo er glaubte, Beschäftigung zu finden. Früh habe er sich einen Schnaps mitgenommen, eine Strecke sei er mit einem Wagen gefahren und im übrigen sei er bis nach Zörbig meistens allein gegangen. Er habe weder den Kaarbaum unterwegs gesehen noch denselben mit einem Komplizen überfallen. Was Kaarbaum früher schon gesagt habe und heute aufrecht erhalten wolle, erscheine ihm märchenhaft; er sei unschuldig. Zeuge Kaarbaum bezeichnete aber mit aller Bestimmtheit den Angeklagten als den einen Thäter. Ein Irrtum sei vollständig ausgeschlossen. Ihm, Kaarbaum, war es von den Erregungen und dem Schlage ins Genick übel geworden, was man auch aus dem Benehmen bei der Meldung auf der Polizei in Zörbig folgerte. Der Angeklagte soll sich in der Herberge verdächtig gemacht haben, als der Zeuge Kaarbaum in Gegenwart eines Polizisten mit dem Finger auf ihn zeigte. In einer früher stattgehabten Verhandlung hatte der Angeklagte behauptet, daß gelegentlich eines am 15. November stattgehabten Lokaltermins in Zörbig eine Fleischersfrau, bei der er sich ein Stückchen Wurst kaufte, dem Transporteur gegenüber erklärte, der angeblich Beraubte habe geflunkert. Derselbe habe davon geredet, er hätte 500 Mk. bei sich gehabt usw., was ihm aber kein Mensch glauben könne. Zeuge Kaarbaum stellt aber in Abrede, etwas derartiges gesagt zu haben und erklärte, er habe am betreffenden Tage nur 20 Mk. bei sich gehabt. Die Fleischersfrau und der Transporteur wußten sich aber der Sache nicht mehr genau zu erinnern. Zeuge Kaarbaum habe auch behauptet, daß sich der eine Thäter hinter einem „armstarken" Baumstamm „versteckt" und da plötzlich hervorgesprungen sei.

Die gestellten Schuldfragen bezogen sich auf versuchten Raub ev. Mißhandlung, Bedrohung und Landstreichen. Der Staatsanwalt trat für Bejahung der ersten und vierten Frage ein, da der Angeklagte zweifellos der Thäter gewesen sei. Er könne nicht als ehrlicher Arbeiter gelten und sei als Landstreicher anzusehen, da er seit mehreren Jahren keinen Nachweis erbrachte, wo er gearbeitet hat. Sollten bei den Geschworenen jedoch Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Zeugen Kaarbaum auftauchen, so mögen sie den Angeklagten freisprechen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Jordan, hält es für unmöglich, den Angeklagten auf Grund der Aussagen eines einzigen Zeugen zu verurteilen; die übrigen 21 Zeugen hätten nichts Belastendes zu bekunden vermocht. Daß der Angeklagte ein Landstreicher ist, sei nicht bewiesen; er sei, wie durch die Beweisaufnahme festgestellt, wohl ein gemütlicher Walzbruder, aber keineswegs ein Mann, der die Arbeit scheute. Er ist Kesselschmied und suchte Arbeit, und wenn er keine fand, so liegt das an unseren wirtschaftlichen Konjunkturen, die Leute, wie den Angeklagten, auf die Straße werfen. Leute, wie der Angeklagte, neigen nicht zu Verbrechen; solche Walzbrüder bitten wohl einmal um ein Stück Brot, nehmen auch einmal etwas mit, aber haben keinen Mut und keine Kraft dazu, Verbrechen zu begehen. Der Staatsanwalt brauche sich heute in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges gar nicht zu wundern, daß der Angeklagte als 53jähriger Mann und als Kesselschmied taub, keine Arbeit fand. Als er, der Verteidiger, in den Akten gelesen, der eine Thäter habe sich „hinter einen armstarken Baum versteckt", habe er sich fassen müssen, um den Ernst der Sache nicht ganz zu verlieren. Die Phantasie habe vielleicht bei dem Zeugen Kaarbaum eine Rolle gespielt, der junge Mann habe sich vielleicht am betreffenden Abend gefürchtet, wie das Kind im Erlkönig. Auffällig erscheine es auch, daß der zweite Thäter nicht ermittelt worden ist. Es sind doch Recherchen danach angestellt worden und in der heutigen Zeit der „polizeilichen Vollkommenheit" geht doch so leicht kein Verbrechen an der heiligen Hermandad vorüber. Die Geschworenen verneinten die ersten 3 Schuldfragen und erachteten den Angeklagten nur der „Landstreicherei" für überführt, worauf der Staatsanwalt 6 Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde beantragte. Das Gericht nahm von der Ueberweisung Abstand und erkannte nur auf 6 Wochen Haft, welche Strafe aber durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erklärt wurde. Bezüglich des Raubes und der anderen Vergehen erfolgte Freisprechung.

Strafkammer.

Halle a. S., 4. Januar.

Verworfen wurde die Berufung des Schneidergesellen Gebbert von hier, der vom Schöffengericht zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden ist, weil er in einem Herrengardrobengeschäft zwei Jacketts unterschlagen hatte.

Ebenfalls wegen Eigentumsvergehens war die Sprachlehrerin und Köchin Bertha Höpfner von hier angeklagt. Sie war vom Ende August bis Ende September v. J. als Sprachlehrerin im Institut Bertig School in Stellung und bekam ihr Gehalt in Raten, während sie mehreren Frauen, bei denen sie in Kost und Logis lag, vorschwindelte, sie bekomme den Gehalt erst am Ende des Monats. Neben den Betrügereien sollte sie auch noch mehrere Diebstähle und eine Unterschlagung begangen haben; es handelte sich um Geldentwendungen in Höhe von 3 bis 20 Mk. Der Gerichtshof nahm aber nur je einen Fall Betrug, Diebstahl und Unterschlagung als erwiesen an, erachtete mehrere Fälle für nicht genügend aufgeklärt und erkannte auf 9 Monate Gefängnis, welche Strafe die Angeklagte sofort annahm.

Erfolgreich war die Berufung der Arbeiter Franz Weber und Karl Jungsch von hier. Sie erhielten vom hiesigen Schöffengericht je 4 Wochen Gefängnis, weil sie in der Nacht vom 29. zum 30. September v. Js. im Gasthaus zum roten Adler in Trotha den Arbeiter Hermann Nagel mit Bierseideln mißhandelt hatten. In dem genannten Lokale war Tanz der Geschirrführer. Der Arbeiter Nagel hatte ebenfalls mit einem Seidel gehauen und dabei den Weber verletzt. Vor dem Schöffengericht, wo Weber ebenfalls angeklagt war, erfolgte aber dessen Freisprechung, da er in Notwehr gehandelt hatte. Das Berufungsgericht erniedrigte heute Webers und Jungschs Strafe auf je 30 Mk. eventl. 10 Tage Gefängnis.

Strafherabsetzung trat ein in der Sache der Gebrüder Gustav und Reinhold Siebenhühner, beide von Helbra bei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020108-10/fragment/page=0007

Eisleben. Der Bergmann Labra hatte mit der Schwester Siebenhühners ein Verhältnis gehabt, das Mädchen geschwängert und dann sitzen lassen. Infolge dieser Angelegenheit entspann sich am 15. Juni ein Streit, wobei die Mutter der Angeklagten von Labra einen Schlag ins Gesicht und dann Labra von Gustav Siebenhühner einige Ohrfeigen erhielt. Das Schöffengericht hatte Gustav S. zu 1 Woche Gefängnis und Reinhold S. zu 15 M. Geldstrafe ev. 3 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Berufungsgericht ermäßigte die Strafe des Gustav S. auf 15 M. ev. 3 Tage Gefängnis und sprach Reinhold S. frei.

Motorwagenführerleiden. Am 30. September v. J. fuhr der Führer Franz Schröder mit einem Motorwagen die Mansfelderstraße entlang, wobei er auf einen vor ihm herfahrenden Wagen aufstieß. Er wurde nun heute der Pflichtvernachlässigung beschuldigt, weil er nicht die vorgeschriebene Distanz von 30 Metern Entfernung von dem vorderen Wagen beobachtet und nicht rechtzeitig gebremst haben soll. Der Angeklagte behauptete, die Bremse habe versagt und die Schienengeleise wären damals sehr schmierig gewesen, weshalb er das Geschehnis nicht verhüten konnte. Er habe den enstandenen Schaden in Höhe von 50 Mark decken müssen. Der vom Motorwagenführerstreik her sattsam bekannte Direktor Kar Delius erschien als Sachverständiger in eigener Angelegenheit und betonte als Leiter seines Instituts, daß der Angeklagte nicht bloß für den entstandenen Schaden gehaftet habe, sondern daß er den Angeklagten außerdem noch in eine Ordnungsstrafe genommen habe. Die Wagenführer hätten hauptsächlich darauf zu achten, was vorne passiert und wenn die Leute klug wären, hielten sie noch eine längere Abstandsdistanz als 30 Meter inne. Unseres Erachtens nach wirft Herr Delius seine eigenen Vorschriften, die bekanntlich mit peinlicher Genauigkeit beobachtet werden sollen, über den Haufen. Im übrigen ist uns und auch Herrn Delius bekannt, daß die Wagenführer nicht bloß darauf zu achten haben, was vorn passiert, sondern daß die unglücklichen Menschen rechts und link Beobachtungen anstellen und auch darauf achten müssen, daß auf dem Hinterperron nicht zu viel Personen Platz nehmen ꝛc. Herr Delius vertrat auch die Ansicht, die exakt und gut funktionierende Bremse hätte wirken müssen, wenn sie morgens vom Wagenführer gründlich geprüft worden wäre. Der Staatsanwalt beantragte 30 Mark Geldstrafe und das Gericht erkannte auf 20 Mark Geldstrafe event. 2 Tage Gefängnis. Neben dem Schadenersatz hat der Führer nun noch die Ordnungsstrafe des Herrn Delius und auch die gerichtliche Strafe zu tragen. „O welche Lust, Motorwagenführer zu sein."

Bedeutende Holzdiebstähle brachten den Hüfner August Otto aus Schleesen bei Gräfenhainichen auf die Anklagebank. Er hatte in den Jahren von 1900 bis 1901 aus dem Forste des Freiherrn v. Bodenhausen mehrere Wagen voll Scheitholz ꝛc. entwendet. Das Schöffengericht in Gräfenhainichen verurteilte den Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis und zur Zahlung des zehnfachen Betrages vom Werte des entwendeten Holzes = 960 Mark. Auf eingelegte Berufung wurde die verhängte Geldstrafe von 960 Mark niedergeschlagen und nur das auf 6 Monate Gefängnis lautende Urteil bestätigt.

Halle a. S., 6. Januar 1902.

Wegen verleumderischer Beleidigung wurde die 16jährige Dienstmagd Marie Kühne aus Sandersdorf bei Bitterfeld mit einer sehr exemplarischen Strafe belegt. Das Mädchen stand am 19. September v. J. vor dem Schöffengericht in Bitterfeld wegen Diebstahls unter Anklage, weil sie im Hause des Pfarrers Raymund einige Kleidungsstücke entwendet haben sollte. Sie war bis Monat Mai v. J. in Raymunds Diensten gewesen, wurde dann entlassen und nach stattgehabter Durchsuchung ihrer Sachen, wobei man einige Kleidungsstücke vorfand, vom Pfarrer zur Anzeige gebracht und zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt. In jener Sitzung hatte sie nun zu ihrer Verteidigung ausgeführt, der Pfarrer habe ihr die Kleidungsstücke geschenkt, sich dann im März v. J. ihr vertraulich genähert und sie eines Morgens, als sie in seiner Kammer Feuer machte, über das Bett geworfen. Als sie ihm aber nicht zu Willen war, habe er sie dann im Mai hinausgejagt und sie angezeigt. Der Pfarrer bestreitet dieses ganz entschieden und behauptet, an der Sache sei kein Wort wahr. Er habe die Angeklagte nur entlassen, weil sie sich bis früh herumgetrieben und ihn bestohlen habe. Der Staatsanwalt bezeichnet die Angaben der Angeklagten als unglaubhaft und beantragt gegen dieselbe zwei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte demgemäß und begründete die Höhe der Strafe damit, daß die Angeklagte der Ehre ihres Dienstherrn, eines alten ehrbaren 62jährigen Mannes, im hohen Grade zu nahe getreten sei.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens wurde der Restaurateur Franke von hier, der mit Kindern unter 14 Jahren unzüchtige Handlungen vorgenommen hat, zu 1 Jahre Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung entzog sich der Oeffentlichkeit.

Die Zurechnungsfähigkeit des Bureaugehilfen Wilhelm Ebert von hier, der kürzlich wegen Unterschlagung zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt worden, wurde heute von ärztlicher Seite in Zweifel gestellt. Ebert, dessen Eltern in guten Verhältnissen leben, hatte die damalige Unterschlagung bei dem Rechtsanwalt Goltzmann begangen. Der Angeklagte ist auch schon zweimal wegen unerlaubten Tragens der Eisenbahn-Assistenten-Uniform vorbestraft. Heute wurde ihm zur Last gelegt, daß er sich am 28. Juni v. J. bei der Firma Wratzke & Steiger als Rechtsanwalt Goltzmann vorgestellt und unter falschen Vorspiegelungen auf Kredit eine Brillantbrosche und ein Paar Ohrringe im Werte von 643 Mark erschwindelt habe. Diese Schmucksachen ließ er bald darauf von einem Dienstmann für 300—400 Mark verkaufen. Für den Erlös kaufte er Anzüge, Ueberzieher Zigarren ꝛc. Der geladene Sachverständige sagt aus, daß E. erblich belastet und etwas schwachsinnig sei. Wahrscheinlich leide er an mangelnder Urteilskraft und sei infolgedessen als nicht ganz zurechnungsfähig zu bezeichnen. Das Gericht beschloß, den Angeklagten beobachten zu lassen und über seinen Geisteszustand ein schriftliches Gutachten einzufordern, weshalb die Sache vertagt werden mußte.

Aus dem Reiche.

Berlin. Die Verletzung, die Professor Virchow bei dem Straßenbahnunfall erlitt, besteht in einem komplizirten Bruch des Schenkelhalses. Das Befinden ist das beste.

— Im Anschluß an den Prozeß Sternberg war auch gegen den zweiten Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Werthauer, ein Ermittelungsverfahren wegen Begünstigung eingeleitet worden. Das Verfahren ist nunmehr auf Antrag der Staatsanwaltschaft durch die Strafkammer rechtskräftig eingestellt worden.

Hamburg. In der Konkurrenz um das Bismarck-Denkmal erhielten den ersten Preis von 10 000 Mark Bildhauer Hugo Lederer und Architekt Emil Schaudt, beide Berliner, für ihren gemeinschaftlichen Entwurf.

Zittau. Der Sonntag vormittag 9 Uhr 54 Min. aus Görlitz in Zittau eingetroffene Personenzug fuhr infolge Versagens der Luftbremse in das Stationsgebäude hinein. Zwei Reisende wurden leicht verletzt. Der Materialschaden ist beträchtlich.

Elberfeld. Infolge starken Sturmes wurde auf Schloß Burg an der Wupper Sonntag früh zwischen 4 und 5 Uhr der westliche Teil des Bergfrieds (Aussichtsturm), welcher bis zu einer Höhe von 40 Metern aufgeführt, aber noch nicht vollendet war, heruntergerissen. Der Sturz erfolgte in drei Abschnitten. Verletzt wurde niemand.

Köln. Durch die Achtsamkeit eines Bahnwärters ist ein großes Eisenbahnunglück verhütet worden. Der Wärter entdeckte auf seinem Rundgang morgens in der Dämmerung zu Rheindorf an der Wupperbrücke, daß das Geleise, welches der alsbald eintreffende Köln-Düsseldorfer Personenzug passieren mußte, durch acht abgebrochene Telegraphenstangen versperrt war. Außerdem bedeckten Bohlen und zertrümmerte Glaskisten — letztere augenscheinlich von dem vorausgefahrenen Güterzug herrührend — den Bahnkörper. Der Wärter requirierte Hilfe und ließ den Personenzug ein anderes Geleise passieren. Eine Zugentgleisung hätte gerade an jener Stelle bei augenblicklich hochgehender Wupper namenloses Unglück herbeiführen müssen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Darmstadt. An der Chaussee nach Friedheim fanden gestern Waldarbeiter unter einer Tanne die vollständige Einrichtung einer Falschmünzerwerkstätte, darunter ungefähr 30 Formen für Fünf-, Drei- und Einmarkstücke sowie einen Schmelztiegel.

Hagen. Die Strafkammer verurteilte den früheren Schulwärter einer Mädchenschule zu Iserlohn, Friedrich Rafflaer, wegen zahlreicher Sittlichkeitsverbrechen zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Hildesheim. In Groß-Lobke wurde am Sonnabend abend die 20jährige Dienstmagd Ida Knackstedt im nahen Gehölz ermordet. Die Leiche wurde verschleppt. Von den Thätern fehlt jede Spur.

Bremen. Hier wurde der von der Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. und Mainz seit dem August 1901 steckbrieflich verfolgte Schreiner Karl Horn aus Mainz verhaftet, der im vorigen Jahre große Betrügereien und Unterschlagungen zum Nachteil von Angestellten der süddeutschen Waggonfabrik in Kelsterbach verübte.

Mannheim. Der Rechtsanwalt Engler ist wegen Unterschlagung anvertrauter Gelder verhaftet worden.

Sonneberg. In den Kassen des hiesigen Steueramts sind große Defraudationen entdeckt worden. Der Kassierer Frank ist flüchtig. Die Unterschlagungen betragen mehr als 100 000 Mk.

Kassel. In der Thongrube der Schmelztiegelfabrik von G. W. Göbel u. Söhne in Groß-Almerode ereignete sich ein furchtbares Unglück. Zwei Inhaber der Firma und der Maschinist, welche sich in der durch hereinbrechende Wassermassen gefährdeten Grube befanden, wurden durch Einatmung der giftigen Gase getötet. Die Leichen konnten, da die Wassermassen das Betreten des Schachtes sehr gefährlich machen, bisher nicht geborgen werden.

Vermischtes.

* **Wilhelm II. und die Kunst.** An den Präsidenten der römischen Akademie der schönen Künste sandte Wilhelm II. folgende drahtliche Antwort: Ihr am 22. Dezember an meinen Botschafter gerichtetes Telegramm ist mir vorgelegt worden. Ich freue mich gemeinsam mit der Akademie, der ehrwürdigen, Jahrhunderte alten, aber immer jungen Pflegstätte der Kunst, deren Ehrenmitglied zu sein, ich stolz bin, dieselben Kunstideale zu haben.

* **Ein Kriegsspiel** ist vorgestern abend unter Teilnahme Wilhelms II. im Neuen Palais veranstaltet worden.

* **Ein schreckliches Ehedrama** hat sich in Conigliano bei Genua zugetragen. Ein reicher Wagenfabrikant Namens Galliana überraschte seine Gattin im Ehebruch mit dem Bruder des Bürgermeisters. Er stach den Verführer nieder. Die Frau flüchtete und warf sich unter eine Lokomotive.

* **Der angebliche Burengeneral,** der mit mehreren Hundert italienischen Freiwilligen nach Transvaal abgehen sollte, ist als Schwindler entlarvt worden. Seine durch einen Verband verdeckte „Wunden" existieren gar nicht. Der Schwindler ist ein Franzose und wird den französischen Behörden ausgeliefert.

* **Der Luftschiffer Santos Dumont** ist in Monte Carlo eingetroffen und beim Herzog Talleyrand Perigord abgestiegen. Seine Versuche mit dem Ballon Nr. 7 finden Mitte dieses Monats statt.

* **Ein neues Schiffsunglück** wird Madrider Blättern aus Oporto gemeldet. Danach sind der spanische Dampfer Vinalda und der von Cardiff kommende englische Dampfer Alphonso nach einem Zusammenstoß dort gesunken. Die Besatzung des englischen Schiffes ist mit Ausnahme des Kapitäns umgekommen, die des spanischen Schiffes wurde durch einen portugiesischen Dampfer gerettet.

* **Zu der Dampferkatastrophe** an der kalifornischen Küste werden nach weiteren Meldungen vom Sonnabend 26 Passagiere und 53 Leute von der Mannschaft der Vallavalla vermißt.

* **Bei der letzten Ueberschwemmung** in Saffi (Marokko) werden wohl leider nicht weniger als 100 Menschen umgekommen sein. Einzelne Teile der Stadt sind völlig zerstört. In ganz Marokko sind außerordentlich heftige Regengüsse niedergegangen. In den letzten Dezembertagen hatte sich das Wetter wieder gebessert und man erwartete für das kommende Jahr eine vorzügliche Ernte, obgleich das Gerücht geht von einer Heuschreckenplage im Süden.

* **Kunstblätter unentgeltlich.** Der Herausgeber des Kunstwart ist durch die beträchtliche Stiftung eines Kunstfreundes in die Lage versetzt, von Zeit zu Zeit seine schönen und wertvollen Kunstblätter unentgeltlich abzugeben. Schulen, Volkslesehallen, Krankenhäuser und Arbeitervereine sollen, soweit sie für Bilder eigene Aufwendungen nicht machen können, in erster Linie bedacht werden. Aber auch unbemittelte einzelne können, soweit die Mittel der Stiftung reichen, Kunstblätter umsonst bekommen. Zuschriften in dieser Angelegenheit sind an F. Avenarius in Dresden-Blasewitz zu richten.

* **Ueber die verschiedenen Bezeichnungen für „Diebstahl"** bringt eine amerikanische Zeitung Betrachtungen, die auch fur die Verhältnisse in der alten Welt anwendbar sind:

Bemächtigt Euch einer Million Dollar, und Ihr werdet eine „geniale That" begangen haben.

Eignet Euch 100 000 Dollar an, und man wird sagen, daß Ihr ein „geschäftsgewandter Mann" seid.

25 000 Dollar hinterrücks in die Tasche gesteckt sind nur ein „Kassenirrtum".

Von 10 000 Dollar an wird die Sache kritischer, man fängt an, von „Unregelmäßigkeiten" zu reden.

Mit 1000 Dollar beginnt „das Ungesetzliche", das sich in „Vertrauensbruch" umwandelt, sobald die entwendete Summe nicht 500 Dollar übersteigt.

Nehmt Eurem Nachbar 100 Dollar und man wird Euch „Spitzbube" nennen; stiebitzt ihm nur 50 Dollar und Ihr werdet ein „Halunke" sein.

Vor allem aber hütet Euch, ein Stück Brot zu stehlen. Denn von dem Augenblick an, werdet Ihr als ein „Feind der Gesellschaft" betrachtet werden, und jeder anständige Mensch wird Euch wie die Pest meiden.

* **Die einzige Heirat in ihrer Art.** In einer mittleren Stadt Deutschlands trug sich vor einiger Zeit ein Vorfall zu, der vielleicht einzig in seiner Art ist. Ein Mann bei Jahren, der Witwer war, verliebte sich in ein junges Mädchen und heiratete dasselbe. Bald nach der Hochzeit trug der Sohn dieses Mannes, der von seinem Vater unabhängig war, der Mutter seiner jungen Stiefmutter die Hand an, die auch von der eben noch nicht bejahrten Frau willig angenommen wurde. Durch diese sonderbare Heirat bekamen alle Teile ganz widersprechende häusliche Titel. Der Vater war jetzt Schwiegersohn seines eigenen Sohnes, und seine Gattin nicht allein Stieftochter ihres eigenen Stiefsohnes, sondern auch Schwiegermutter ihrer leiblichen Mutter, und diese wieder Stieftochter ihrer Tochter, sowie ihr Mann Stiefvater seiner Stiefmutter, desgl. Schwiegervater seines leiblichen Vaters.

* **Ein Lobspruch auf die deutsche Plastik.** Die Vollendung der Berliner Siegesallee wird von der dieswöchentlichen Münchener Jugend mit folgenden Versen gefeiert:

Hurra! Nun ist das Werk vollendet,
So schön und sinnig ausgedacht,
Daß der Berliner schier geblendet
Spaziert vor all' der Marmorpracht!

Mit Ehrfurcht schaut er die Titanen,
Die wirkten zu der Preußen Glück
Und von berühmten Unterthanen
Dazu noch vierundsechzig Stück!

Scharf ausgerichtet steh'n die Puppen
In Reih' und Glied beim Goldfischteich
Und von den zweiunddreißig Gruppen
Sieht jede ganz der nächsten gleich!

Nicht einer war so niederträchtig,
Mit seinem Werke vom Programm
Zu weichen, frech und eigenmächtig —
Sie folgten alle, prompt und stramm!

Das ist's ja, was den Künstler zieret
Und dazu ward ihm sein Talent,
Daß er den Meißel also führet,
Wie man's von oben anerkennt!

Und thut er dies im Großen, Ganzen,
Dann darf er irgendwo hinein
Ein Körnchen eignen Wesens pflanzen —
Nur muß es recht bescheiden sein! —

Mit diesem Werk, an dem soeben
Die allerletzte Hülle fiel,
Ist unserer Bildnerkunst gegeben
Gesetz und Richtung, Art und Ziel:

Sie halte von moderner Strömung
Auch künftig rein sich, hoch und hehr,
Denn deren Grundsatz und Benehmung
Ist handwerksmäßig ordinär!

Sie wende decidiert und hastig
Sich ab von dem, was die bezweckt —
Dann kriegt die Welt vor deutscher Plastik
Den ungeheuersten Respekt!

Und hören kann man es tagtäglich
Von Fremden auch in der Allee:
„Nein! So was wär' doch nirgends möglich
Als in Berlin hier, an der Spree!"

Quittung.

Weil F. H. in Lettin kein Bier bezahlte, 50 Pf. Gr.

Quittung aus Delitzsch.

Für Volkskalender von Glesien und Umgegend 34 Mark erhalten.
Der Vertrauensmann
L. Biedermann.

Quittung aus Aue.

Auf Sammellisten sind eingekommen pro 4. Quartal des Sozialdemokratischen Vereins Aue bei Zeitz: Auf Liste Nr. 416 0,25 Mk.; 417 2,60 Mk.; 418 1,15 Mk.; 419 3,15 Mk.; 420*, 421*, 422 2,95 Mk.; 423*, 424*, 425*, 426*, 427 5,45 Mk.; 428*, 429* Die mit einem * versehen stehen noch aus.
Zwiener, Kassierer.

Briefkasten der Redaktion.

B. G. in U. An sich ist der Hauswirt berechtigt, schon jetzt beim Verziehen der Familie auch die Miete bis 1. April zu fordern und bei Nichtzahlung sein Rückbehaltungsrecht an den Möbeln geltend zu machen. Er darf sich aber nur an solche Möbel halten, welche auch von jedem anderen Gläubiger würden gepfändet werden können. Wenn das Sofa als Nachtlager für Kinder notwendig gebraucht wird, unterliegt es der Pfändung nicht, will es der Hauswirt trotzdem pfänden, so muß er es auf Anordnung des Gerichts wieder freigeben.

Holzweißig. Durch Weglassung eines Satzes ist gestern die Antwort verstümmelt worden. Sie soll lauten: Lassen Sie sich vom Ortsvorsteher nachweisen, daß Sie bei Ihrem geringen Verdienst 3.50 M. Steuern zu entrichten haben. Staatssteuern werden nur erhoben, wenn Sie 900 M. Einkommen haben; es kann sich also nur um Gemeindeabgaben handeln.

G. E., hier. Ja!

H. Kr. Deutsche Bergarbeiterzeitung in Bochum. Jede Postanstalt nimmt Bestellungen entgegen.

Standesamtliche Nachrichten

Halle (Nord, Burgstraße 38), 4. Januar.

Aufgeboten: Buchbinder Fischer und Bertha Funfziger (Mansfelderstr. 55 und Gr. Gosenstr. 19). Arbeiter Rolle und Elisabeth Röber (Thorstr. 36 und Henriettenstr. 14).

Eheschließungen: Arbeiter Schatz und Emma Zöllner (Gabelsbergerstr. 30 und Dölauerstr. 16). Lehrer Kämmer und Helene Kauschmann (Martinstr. 18 und Lessingstr. 35). Diener Fuchs und Lina Edel (Gr. Wallstr. 28 und Breitestr. 16). Gärtner Köhler und Agnes Albrecht (Lettin und Göbenstr. 3). Schuhmacher Berger und Hulda Maye (Kuhgasse 10 und Große Wallstraße 1).

Geboren: Arbeiter Kohl S. (Dölauerstr. 3). Zimmermann Keiling S. (Körnerstr. 63). Kassierer Schulze S. (Wittekindstraße 21). Arbeiter Nicolai T. (Reilstr. 7). Schmied Dressel S. (Trothaerstr. 25). Sekretär Neumann S. (Viktor Scheffelstraße 15).

Gestorben: Fabrikbesitzer Breitkopf, 47 J. (Uhlandstraße 6). Zimmermanns Keiling S., 3 Tage (Körnerstr. 63).

6. Januar.

Aufgeboten: Arbeiter Friedrich und Marie Kleider (Advokatenweg 16). Landwirt Hoske und Emilie Stahl geb. Mirdorff (Steuden und Reilstr. 63). Maurer Becker und Emilie Lüdicke (Eichendorffstr. 14 und Körnerstr. 50).

Geboren: Arbeiter Kohl S. (Advokatenweg 25). Schuhmachermeister Arndt T. (Göbenstr. 4). Privatmann Schmidt T. (Reilstr. 126). Steinmetz Kupfernagel S. (Körnerstr. 9). Arbeiter Wettmann S. (Advokatenweg 26). Arbeiter Koch S. Geiststr. 58).

Gestorben: Tischlers Voigt S., 6 J. (Geiststr. 54). Pollers Schröder T., 8 Mon. (Trothaerstr. 81a). Schuhmachermeisters Arndt T., 5 Tage (Göbenstr. 4). Schlossers Trensinger T., 3 W. (Triftstr. 46).

Halle (Süd, Steinweg 2), den 6. Januar.

Aufgeboten: Kaufmann Geyer und Margarete Buschendorf (Oberhausen und Südstr. 62). Kaufmann Weickart und Adolfine Müller (Halle und Halberstadt). Schuhmacher Spychalski und Benkadia Rakowska (Posen). Wirtschaftsgehilfe Kühn und und Olga Hiller (Raitzhain und Vogelgesang). Rangierer Schoppe und Klara Klammrath (Halle und Gerbstedt). Buffetier Schäfer und Luise Kuwilsky (Rothenburg a. S. und Gerbstedt).

Eheschließungen: Kaufmann Brand und Lina Herold (Trothaerstr. 58 und Böllbergerweg 84).

Geboren: Maurer Siebecke S. (Domstr. 1). Arbeiter Donath T. (Tholuckstr. 4). Arbeiter Knoblauch S. (Dachritzstr. 8). Kutscher Banse S. (Blücherstr. 9). Kürschner Geselle S. (Kuttelhof 7). Rohrzieher Skowronski S. (Böllbergerweg 58). Wärter Bölke T. (Thielenstr. 2). Kupferschmied Seyfarth S. (Bernhardystr. 19). Kaufmann Wichmann T. (Neue Promenade 6). Schuhmacher Wendt T. (Pfännerhöe 55). Schneidermeister Liedicke T. (Streiberstr. 26). Konditor Trambowsky S. (Sophienstraße 40). Abdecker Denzin S. (Kanenaerweg 5). Eisenhobler Bennemann T. (Jakobstr. 24). Briefträger Dietzsch T. (Kleine Schloßgasse 5). Dienstmann Küster S. (Wörmlitzerstr. 9).

Gestorben: Witwe Fritz, 60 J. (Mühlweg 9). Dieners Bandermann Ehefrau, 43 J. (Schloßberg 3). Kanzlisten Möller S., 3 J. (Meckelstr. 22). Invalide Köppen, 51 J. (Klinik). Witwe Ruppert, 62 J. (Klinik). Kutschers Leuchte Ehefrau, 27 J. (Fischerplan 3). Dienstmanns Küster S., 6 Std.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020108-10/fragment/page=0008